

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post gebolt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Beisteilgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pf., Reklams-
seite 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr

Nr. 125.

Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 31. Mai 1919.

Jahrgang 1.

Die Tat ist das Höchste,
Mit Sprechen ist nichts getan,
Der Wille ist des Wertes Seele.
(Altdeutsche Sprüche.)

Weltumwälzung.

Von D. Jaeger.

II.

Unter Friedrich dem Großen kam es zwischen Preußen und Österreich zum Bruch. Österreich zog auf seine Seite die katholischen Weltmächte: Spanien und Frankreich, und die beiden östlichen Nebenbuhler: Rußland und Schweden. Preußens Untergang schien besiegelt. Da trat England auf seine Seite. Im siebenjährigen Kampfe wehrte sich Friedrich der Große gegen den Ansturm von fast ganz Europa. Unterdessen gewann England jenseits der Meere Kanada und Indien. Der preussische Militärmönarch hatte für die Kaufmannschaft der City gekämpft. Englands Weltherrschaft schien gesichert. Da brach sie in sich selbst zusammen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erklärten ihre Unabhängigkeit, dies bürgerlich-bäuerliche Gemeinwesen auf streng puritanischer Grundlage, eine demokratische Bundesrepublik. 7 Jahre versuchte das Mutterland die Kolonie niederzulämpfen. Ihnen sprang die bourbonische Seemacht bei. Auch Holland griff ein, und die Kaiserin Katharina von Rußland bedrohte Englands Ostseehandel durch die bewaffnete Neutralität. 1783 mußte England im Frieden von Paris die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkennen. Aber schon im folgenden Jahre verwand es den Verlust durch die Errichtung seines Indischen Reiches. Ja, es erhob sich zu nie dagewesener Macht und Reichtum durch die glänzende Entwicklung seiner Landwirtschaft und die märchenhafte Entfaltung seiner Industrie.

Die französische Revolution wurde das Mittel, um seinen einzigen Nebenbuhler, Frankreich, zu treffen. Selbst ein Napoleon konnte den Schlag nicht wieder gut machen. Bei Trafalgar verlor die französisch-spanische Seemacht und nur noch die britische Flagge wehte auf allen Meeren. Die Spanier, die Österreicher, die Russen, die Preußen wurden gegen Napoleon ausgeboten. Ihrem Ansturm erlag er bei Leipzig und Waterloo. Auf dem Wiener Kongreß bildete sich die Heilige Allianz, der Völkerbund der damaligen Zeit unter Alexander, dem Kaiser Rußlands. Er beherrschte das Festland Europa. In ihm spielten eine Rolle der Staatskanzler Metternich, der Führer der europäischen Reaktion, und der französische Minister Talleyrand, der heimliche Erbe der Revolution. Außerhalb der Heiligen Allianz blieb der Groß-Türke in Konstantinopel, den schon sein Glaube ausschloß, der Papst, der selbst die Führung der Völker erstrebte, und England.

Dieses näherte sich seinem ehemaligen Tochterlande Amerika. Es riß die spanisch-portugiesischen Kolonien in Amerika vom Mutterlande los und verwandelte sie, bis auf Brasilien, in Republiken, in denen England wirtschaftlich und politisch herrschte. Der Heiligen Allianz, welche die Kolonien wieder unterwerfen wollte, riefen Monroe und Canning ihre „Hände weg“ zu, und kampflös wuch das ganze Festland von Europa vor der Königin der Meere zurück. — Raum hatte England seine Stellung in der neuen Welt gesichert, so griff es die alte an. Zuerst schmiedete es die türkische Seemacht, befreite Griechenland und hatte seitdem seine Hand in dem zerbröckelnden türkischen Reich. In ganz Vorderasien, dann unterwarf es Indien von Ceylon bis zum Himalaya, baute in Südamerika und Australien ein neues Kolonialreich auf und machte den Indischen Ozean zum britischen Meere. Endlich erzwang es den Eingang in China, erschütterte das alte Weltreich bis in die Grundfesten durch den Taiping-Aufstand und demütigte es in den Staub durch die Besetzung von Peking. — Zugleich führte es bei sich den Freihandel ein und predigte ihn der ganzen Welt. Alle Völker, Ackerbauer, Rohstofflieferanten und Industrieabnehmer;

England allein der Industrie- und Handelsstaat der Welt: das war das Ziel der sogenannten Manchester Schule. Um dieses Ideal zu verwirklichen, versuchte es die sich abschließenden Monarchien zu zertrümmern, und entfachte die große Revolution von 1848. Frankreich, Österreich, Preußen, auch Polen wurden ins Wanken gebracht. Der Absolutismus brach zusammen. Die Demokratie regte sich überall. Sie sah in England ihr Ideal und erwartete von England alles Heil.

Aber auf die Revolution folgte die Reaktion, und der russische Zar, Nikolaus I., drohte mehr denn je, der Herr von Europa zu werden. Darum verband sich England mit dem neuen Kaisertum Napoleons III. und warf im Bunde auch mit Sardinien und der Türkei das russische Riesentier zu Boden. Als Gegenstoß entfesselte Rußland den indischen Aufstand, aber England wurde seiner Herr und war jetzt die gebietende Macht in West-, Süd- und Ostasien. Nicht ungern sah es die Schwächung der österreichischen Macht durch die Befreiung Italiens, die es nach Kräften unterstützte.

Der gefährlichste Nebenbuhler auf dem Meere war damals das immer mehr erstarkende Nordamerika. Dieses hoffte, England durch den Bürgerkrieg zu zerschmettern, und ihm durch das mexikanische Unternehmen in Gemeinschaft mit Frankreich und Spanien den letzten Stoß zu geben. Aber die Union blieb Sieger. Sie schuf die größte Flotte und das größte Landheer der damaligen Welt. Sie zwang die Westmächte zu schimpflichem Abzug vom amerikanischen Boden. Hier fand zum zweiten Mal das englische Welt Herrschaftstreben seinen Meister.

Dann war aber in aller Stille ein neuer Nebenbuhler herangewachsen. Durch das Zollwesen hatte Preußen die Wirtschaftsführung in Deutschland in die Hand bekommen. Durch den dänischen, österreichischen, französischen Krieg schwang es sich zur beherrschenden Macht im Zentrum Europas empor. Aber zwei Mächte bedrohten es von innen: der Ultramontanismus und die Sozialdemokratie.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts war die römische Kirche zu nie geahnter Macht wieder emporgestiegen. In ihr sicherte sich das Papsttum seine Stellung durch das Dogma der Unfehlbarkeit. Der unfehlbare Papst nahm den Kampf gegen das keiserliche Kaisertum auf und siegte im Kulturkampf. Seitdem begann auch das deutsche Reich immer stärker unter den Einfluß der vatikanischen Politik zu kommen, die aus den europäischen Mächten Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und aus Südamerika ein Gegengewicht zu schaffen suchte gegen die drohende russische und angelsächsische Gefahr.

Seit den fünfziger Jahren war in Deutschland die Industrie im Aufstehen. Die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, namentlich aber der Schutzolltarif, das ausgearbeitete Aktien- und Bankwesen, brachten das deutsche Kapital, die deutsche Industrie, den deutschen Handel zu einer treibhausartigen Entwicklung. In der chemischen Fabrikation errang es eine Art Monopol; in der elektrischen hatte es die Führung; in der Schwerindustrie überholte es England und näherte sich Amerika. In der Schifffahrt war es Englands einziger gefährlicher Konkurrent. Im Handel war es nicht mehr weit hinter der alten Seefönigin zurück. Diese fabelhafte Entwicklung des deutschen Kapitalismus hatte den Gegenstoß des deutschen Sozialismus zur Folge. — Der deutsche Jude Marx wurde der Führer des Weltsozialismus. Während die Entwicklung des deutschen Sozialismus einen gesteigerten Weltkampf mit den westlichen Industriemächten, England, Amerika, Frankreich und Belgien und damit zugleich eine steigende politische Spannung zwischen diesen und Deutschland zur Folge hatte, wirkte der deutsche Sozialismus besonders tief auf Rußland, durchdrang dort alle Stände: das Kleinbürgertum, die Bauernschaft, die Arbeiterwelt und die niedere Geistlichkeit. Er wurde fast die Religion des russischen Volkes; umsomehr, da ihn die Lehren der russischen Sektten weit entgegenkamen. Aber auch in Frankreich, England, Australien und Amerika entwickelte sich ein eigenartiger Sozialismus. Die herrschende englische Kaufmannschaft sah sich von außen und innen bedroht. Die Rettung schien ihr der Weltkrieg.

In ihrem Auftrage brachte König Eduard VII. die Einkreisung Deutschlands zustande: zuerst das Bündnis mit Japan, dann das Verhältnis mit Frankreich, ferner

die Annäherung an Rußland, endlich das Zusammengehen mit Italien und Belgien. Alles das aber auf Grund der angelsächsischen Freundschaft. Demgegenüber schloß sich das neue mit dem alten Kaisertum immer enger zusammen unter der Leitung des Vatikans und im Bunde mit den Türken. Erzherzog Franz-Ferdinand, der Jesuitenzögling, plante ein großes österreichisches Reich, mit Serbien, Polen und der Ukraine. Der durch diesen Plan sich bedroht fühlende Zar antwortete mit dem Attentat von Serajewo, und daraus entbrannte der Weltkrieg.

(Schluß folgt.)

Der Inhalt der Friedensbedingungen.

Von Otto Hoeksich.

Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung.

Die territorialen Bedingungen (Abschnitt 2, 3, 4.)

Der Standpunkt, daß der Friedensentwurf so, wie er uns heute vorliegt, unannehmbar ist, wird heute von jedermann in Deutschland geteilt. Verhandlungen und Gegenvorschläge sollen Änderungen herbeizuführen versuchen, die eine Annahme als möglich erscheinen lassen, aber die genaue Durchsicht der 440 Artikel erweckt sehr wenig Hoffnung, daß auf dem Wege der Verhandlung eine für uns erträgliche Friedensgrundlage gewonnen werden kann. Zwar merkt man dem Entwurf die Arbeit verschiedener Kommissionen an, und Unstimmigkeiten, sowie Widersprüche finden sich darin. Aber im ganzen ist er ein Werk, dessen Einheitlichkeit höchstens von dem Raffinement der einzelnen Ausführungsbestimmungen übertroffen wird.

Alle drei Hauptgegner haben ihre Maximalforderungen in den Entwurf eingearbeitet und sie im ganzen so gearbeitet, daß Verhandlungen wesentliche Milderungen nur gewinnen könnten, wenn die Gegner auf Hauptforderungen verzichteten. Frankreich hat die territorialen Forderungen in erster Linie bestimmt, unter dem Gesichtspunkt, Deutschland zu verkleinern und zu beherrschen, im Westen durch die Wiederaufnahme der Rheinbunds Idee, im Osten durch Polen, das für Frankreich „Ersatzrußland“ sein soll. Daneben stellt Frankreich vor allem die unsinnigen finanziellen Bedingungen, von deren Erfüllung es seinen eigenen finanziellen Aufbau abhängig glaubt. Denn sein Etat ist fast ebenso schlecht wie der unsrige, zu den Kriegskosten tritt der Verlust der russischen Forderungen hinzu, mit allen Zinsvorschußen während des Krieges heute sicherlich 40 Milliarden auf der Passivseite des französischen Etats. Auch unter diesem Gesichtspunkte ist die von Frankreich so sehr geforderte Erfüllung der polnischen Ansprüche zu bewerten, mit denen eben ein leistungsfähiges, auch finanziell für Frankreich leistungsfähiges Polen anstelle des zusammengebrochenen Rußlands geschaffen werden soll. England stellt die Bedingungen auf, die den deutschen Handel endgültig zerstören, die Deutschland vom Weltmarkt abschließen, die gegen Deutschland den Wirtschaftskrieg nach den Beschlüssen der Pariser Konferenz im Juli 1916 in Permanenz erklären. Die territorialen Wünsche Englands werden erst in den Verträgen über die Türkei und Afrika zutage treten. Amerika sichert seine finanziellen Ansprüche an seine Verbündeten durch Zustimmung zu den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Entwurfs. Sein Präsident wurde mit dem Völkerbundsentswurf gefördert, der den ersten Teil der Bedingungen bildet und auf den ersten Blick gar nicht hineingeht, ist doch in diesen 26 Artikeln Deutschland nicht mit einem Worte erwähnt. Diesem Völkerbundsentswurf sind alle für England gefährlichen Zähne ausgebrochen. Dafür wird, um ein modernes Schlagwort zu gebrauchen, die Gesamtheit der angelsächsischen französischen Wünsche im Völkerbund und den damit im Zusammenhang stehenden Schiedsgerichten und Schiedsverträgen „verankert“. Auf diese Weise ist auch Amerika am ganzen Entwurf interessiert und für ihn gewonnen. Hingefügt sei noch, daß die Entschliessungen des Völkerbundes in einen Rat von 9 Mitgliedern fallen, der seine Beschlüsse einstimmig fassen muß und in dem die für uns feindlichen Großmächte den Ausschlag geben. Macht man sich so den Zusammenhang des Entwurfs im ganzen klar, erscheint es als Sisyphusarbeit, Gegenvorschläge zu ver-

suchen, und wir fürchten, daß bei dieser Lage der Dinge aus den Verhandlungen der nächsten Tage und Wochen in Versailles nichts für uns Erträgliches herauskommt.

Nicht eine Spur von dem neuen Geist, von dem in den Rundgebungen Wilsons so viel die Rede war, findet sich in diesen Bedingungen. Sie sind rein machtpolitisch-imperialistisch bestimmt; mehr Raum, mehr Menschen, mehr Naturschätze, mehr Geld wollen die anderen, die Gegner als Siegesbeute davontreiben. In den Grenzbestimmungen waltet ausschließlich der Gesichtspunkt strategischer Sicherung, der Gegner wird aller Abwehrmittel beraubt, und ihm wird eine Kriegsschädigung auferlegt in einer Ausdehnung dieses Begriffs, wie sie die Geschichte der Kriegskontributionen noch nicht gesehen hat. Als Äußerstes sei nur an den Artikel 116 erinnert, der sogar Rußland ausdrücklich alle Rechte auf Wiedergutmachung nach diesen Bestimmungen vorbehält, also uns eine Verpflichtung auferlegt, die niemals zu berechnen ist! Auf eine Zeit, die zu bestimmen ganz von dem Willen der Entente abhängt, wird Deutschland Arbeitsflave und Schuldnecht seiner bisherigen Gegner. Erbarmungslos nutzt der angelsächsisch- und romanische Imperialismus diesen Sieg aus, in reiner Kabinettspolitik alten Stils. Die Bevölkerung wird nicht gefragt, oder wo das Selbstbestimmungsrecht angewendet wird, ist dies von vornherein eine unwürdige Komödie. Noch mehr: die Gegner wollen Deutschland zur Proletariatsnation machen und wollen an seiner Ausnutzung nicht nur ihren Kapitalismus interessieren, sondern auch ihr Proletariat. Deshalb ist das Echo unserer Proteste in den Arbeitermassen Englands und Frankreichs so schwach. Kann Frankreich den Sieg wirtschaftlich und finanziell so voll ausnützen, wie die Bedingungen wollen, so hat den Vorteil davon relativ ebenso wie der französische Kapitalist der französische Arbeiter, und große Teile der englischen Arbeiterschaft hielten längst ebenso wie Englands Industrie- und Handelswelt das Wort für richtig, das so fürchterlich in Erfüllung gegangen ist, daß, wenn heute der deutsche Handel und die deutsche Flotte vernichtet seien, morgen jeder Engländer um so und so viel reicher sei. Im ganzen ein gigantischer Plan, aber zu gigantisch, zu sehr ausgeklügelt, zu raffiniert und — zu mechanisch!

Die Bedingungen nehmen territorial Deutschland über ein Siebentel seines Gebietes und ein Achtel seiner Einwohnerzahl weg. (Alle folgenden Zahlen dienen nur, um eine annähernde Vorstellung zu geben, exakte Berechnungen sind noch gar nicht möglich.) Wir sollen abtreten: Elsaß-Lothringen, 14 500 Quadratkilometer, 1,8 Mill. Menschen, die lothringischen Erze und das elsässische Kalk. Daß dieses Gebiet von 90 v. H. Deutschen bewohnt ist, kümmert die Entente nicht. Von einer Abstimmung der Bevölkerung, von einer Willensfindung der Einwohner über ihre neue Staatsform ist mit keinem Wort die Rede. Dafür soll das Gebiet ohne jede finanzielle Belastung mit den Eisenbahnen und öffentlichen Rechten aus unserem Reichsverband ausscheiden, noch auf fünf Jahre freien Zollverkehr mit Deutschland haben, und die Güter, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften sollen zurückgehalten und liquidiert werden; Deutschland hat seine dadurch außer Besitz gebrachten Untertanen direkt zu entschädigen. In jeder Zeile wird der unbedingte Wille Frankreichs klar, sofort sich dieses Gebiet als Provinz anzugliedern und mit seinem Staat zu verschmelzen; die französische Grenze rückt wieder an den Rhein, und in Weißenburg und Lauterburg steht feilschendes französisches Gebiet fast in die Nähe von Karlsruhe vor.

In Elsaß-Lothringen offene und brutale Annexion, im Saargebiet kaum noch verhüllte Annexion, 2000 Quadratkilometer, 680 000 Menschen (ausschließlich Deutsche) will Frankreich zunächst auf 15 Jahre unter seine Herrschaft nehmen. Das heißt die Regierung übernimmt der Völkerbund, aber in der von ihm eingesetzten Regierungskommission wird Frankreich den entscheidenden Einfluß haben. Und Frankreich beherrscht das Land indirekt durch die

Rechte, die der französische Staat im Saargebiet über die Kohlen erlangt. Zum Wiederaufbau des zerstörten Kohlen- gebiets Nordfrankreichs will der französische Staat den vollen und absoluten Besitz aller Kohlenlager im Saar- becken erwerben, frei von jeder Schuld und Last und ohne jede Einschränkung. Auch hier hat Deutschland die Pflicht, seine Untertanen, die ihren Besitz verlieren, zu entschädigen. Der Wert der so abgetretenen Besitzungen — festzusetzen durch die „Commission des Réparations“ — soll Deutschland auf dem Konto der Wiedergutmachung gutgeschrieben werden; das Saargebiet bildet einen Teil der Kriegsschädigung. Hätte es sich nur um das begreifliche Verlangen Frankreichs gehandelt, für die nächsten Jahre Hilfe in der Kohlenversorgung zu erhalten, so hätte sich umschwer ein Wirtschafts- und Lieferungsvertrag herstellen lassen. Aber wie die Bestimmungen über die Bevölkerung und die Abstammung zeigen, will Frankreich mehr. Die Bevölkerung soll nach 15 Jahren über die Zugehörigkeit zu Frankreich oder Deutschland oder zum Völkerbund entscheiden in einer Form, die den Verlust des Gebietes schon sicher stellt. Denn der Verpflichtung, im Falle einer Entscheidung des Saar- gebiets für Deutschland, die Kohlenlager binnen 6 Monaten mit Gold zurückzukaufen, wird Deutschland ganz bestimmt nicht nachkommen können. Selbst wenn es soviel Gold in- zwischen angesammelt hätte, wird die „Commission des Réparations“ diese Art der Verwendung bestimmt ver- hindern. (Auf den deutschen Protest ist nun Warenliefer- ung anstatt Gold zugestanden. D. Red.) Inzwischen aber hat Frankreich alles getan, um dieses Gebiet wirtschaftlich mit sich zu verschmelzen. Im Artikel 270 behält sich die Entente das Recht vor, auf das von ihren Truppen besetzte Gebiet eine besondere Zollgesetzgebung anzuwenden, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu sichern. Das soll natürlich der Köder sein weiterhin für das linke Rheinufer, das bis zur Erfüllung des Vertrages besetzt bleibt. Durch die Vorschrift der Entmilitarisierung des rechten Rheinufers bis auf 50 Kilometer östlich und verschiedene Bestimmungen sieht man, wie die Fühler auch über den Rhein hin ausgestreckt werden sollen: Ludwigs XIV. Reunionspolitik und die Rheinbundsdeide in neuer Auflage. (Schluß folgt.)

Der Zank bei der Verteilung.

Zwei „Zwischenfälle“ in Versailles.

Die Pariser Friedenskonferenz hat in den letzten Tagen zu zwei Zwischenfällen geführt, von denen bezeichnenderweise nur die sozialistischen Blätter sprechen, während die gesamte bürgerliche Presse von den radikalen bis zu den nationalistischen Blättern sie verschweigen. Beide Zwischenfälle sind durch die englischen und amerikanischen Konferenzsekretäre mitgeteilt worden, weshalb die französische Presse sie nicht zu unterdrücken wagte. Dagegen hat die Regie- rung offenbar die Presse in vertraulicher Weise ver- anlaßt zu schweigen und alle Zeitungen mit Aus- nahme der sozialistischen „Humanité“ und des „Po- pulaire“ haben sich, so viel sich bis jetzt erkennen läßt, sowohl in der Provinz wie in Paris unterworfen.

Sozialistische Bestrebungen für Arbeiterkultur im Frie- densvertrage abgewiesen.

Die erste dieser Tatsachen ist die Weigerung der Friedenskonferenz, die Abgeordneten des Friedens- ausschusses des internationalen Berner Sozialisten- tages zu empfangen. Im Namen der Internationale hatte Henderson durch Vermittelung des Sekretärs der englischen Friedensabordnung diese aus Genf er- beten, erhielt jedoch die Antwort, daß die Friedens- konferenz einen derartigen Schritt für nutzlos halte, weil die Friedensbedingungen der Arbeiterinternatio- nale den Mitgliedern der Konferenz bereits bekannt und auch den deutschen Bevollmächtigten übermit- telt worden seien.

besuchen, Krankheits- oder Notfälle geben doch oft Ver- anlassung dazu, und man lernt einen Menschen erst dann richtig kennen, wenn man ihn in seinen vier Wänden sieht. Ich meine immer, die Frauen der verschiedenen Stände sind viel zu wenig zu Hause beieinander. Wie schön wäre es, wenn es jeder gebildeten Frau gelänge, mehrere oder recht viele ihrer einfachen Mitbürgerinnen in ein Ver- trauensverhältnis zu sich zu setzen, daß sie das Gefühl hätten: Da ist jemand, zu dem kannst du kommen und dir Rat holen oder dich auslagern oder um Hilfe bitten, da ist jemand, der ein Herz für dich hat! Jede Frau sollte ein kleines Licht- und Kraftzentrum werden, von dem aus freundliche, erwärmende Strahlen in viele Lebensschicksale ausgingen, denen es daran mangelt. Nur müssen wir alle wissen, daß es da mit einem einmaligen Versuch oder einer einmaligen Freundlichkeit nicht getan ist. Wir müssen des schönen Wortes gedenken: Die Liebe ist nicht eine einzelne Tat, sondern ein immerwährender Sinn. Wie außerordentlich könnte unsere Frauenwelt durch solchen immerwährenden Sinn das Friedenswerk in unserem Volke fördern helfen!

Die Revolution ist in gewissem Sinne die große Mobil- macherin gewesen; sie hat die Menschen wie ein gewaltiger Sturmwind aufgerüttelt; sie hat auch die Frauenwelt mobil gemacht für das politische Leben.

Politikisierung der Frau, früher ein fast geheimes Wort, eine fast gescheiterte Vorstellung! Aber wenn man sich dar- unter vorstellt, daß die gesamte, weibliche und speziell mütterliche Kraft der Liebe- und Fürsorge, die in der Frauenwelt liegt, nutzbar gemacht wird für die Gesamtheit, dann könnte doch ein großer Segen daraus entstehen für unser Volk.

Möchten es nur alle unsere Frauen recht begreifen, daß es keineswegs ihre Aufgabe ist, einseitigdenkende, leidens- schaftliche Parteigängerinnen zu werden. Was hätte unser

Proteste der Amerikaner gegen Wilsons schwächliche Haltung.

Der zweite Fall betrifft die Kundgebung der Unzufriedenheit, die in der Umgebung Wilsons selbst gegen dessen schwache Haltung auf der Friedenskon- ferenz zum Durchbruch gekommen ist. Die französische Regierungspresse hatte zuerst versucht, diesem von den englischen und amerikanischen Zeitungen erwähnten Zwischenfall jede Bedeutung abzuspüren. Darauf- hin hat der amerikanische Delegierte Bullitt der „Humanité“ den Brief zur Veröffentlichung überge- ben, in dem er dem Präsidenten Wilson seine Ent- lassung mitteilt und woraus allerdings hervorgeht, daß der Beweggrund seines Rücktrittes nicht in einer persönlichen Verstimmlung zu suchen ist, wie es die Regierungsblätter glaubhaft machen wollen, sondern daß Bullitt als aufrichtiger persönlicher Freund Wilsons sich verpflichtet fühlt, seine warnende Stimme im letzten Augenblick zu erheben.

Die „Humanité“ hat diesen Brief am Sonnabend veröffentlicht und hinzugefügt, daß im ganzen neun Mitglieder der amerikanischen Abordnung ihre De- mission angeboten haben, weil die im Briefe Bul- litts niedergelegte Auffassung nicht gebilligt wird. Im Hotel, wo die amerikanische Abordnung ihren Sitz aufgeschlagen hat, wurde am Freitag ein Dinner zu Ehren Bullitts veranstaltet, an dem mehr als zwanzig Mitglieder der Abordnung teilnahmen. Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ gehören außer William C. Bullitt zu den Unzufriedenen noch A. D. Young und von der Cornell-Universität Jai, Baumann und C. T. Williams.

Wilson's Ohnmacht.

Das einzige Pariser Blatt, das bisher dem Briefe Bullitts eine Betrachtung widmet, ist der soziali- stische „Populaire“. Er schreibt: „Es ist ein schöner und edelmütiger Brief, in dem der Mitarbeiter und Freund Wilsons seiner Enttäuschung und seiner Ver- dergeschlagenheit Ausdruck gibt, die er vor der Ohn- macht des großen amerikanischen Ideals empfin- det, der aller Welt verspricht, den Frieden auf einer dauernden, selbstlosen und unparteiischen Grundlage durchzuführen. Der Brief ist streng und von einem geraden Gewissen eingegeben, das ein an- deres Gewissen verurteilt, das seinerseits nach einem Kampfe für das Gute sich darin läßt, das Unheil geschehen zu lassen. Der Brief Bullitts ist schärfer für den Präsidenten, als wir es sonst gewesen sind, obwohl wir keine persönlichen Beziehungen mit dem Präsidenten haben. Aber wir haben das Vertrauen ihm gegenüber, den wir den Besiegten des Frie- dens zu nennen berechtigt sind, weil wir ihn von einem höheren Gesichtspunkte aus beurteilen. Wir wissen ebenso wie Herr Bullitt, daß Wilson sich un- vernünftigen und ungerechtfertigten Beschläüssen wi- dersteht, daß er sie nur annimmt unter einem Staatsdruck. Aber wir glauben nicht, daß es Wilson genügt hätte, offen zu kämpfen anstatt im Gehei- men zu arbeiten, um den Imperialismus zu bejei- tigen. Herr Bullitt ist der amerikanischen Abord- nung beigegeben. Er hat eine bejahrte Verantwort- lichkeit, und es ist nicht schwer, sein Gewissen zu entlasten. Wilson hat mehrere Male daran gedacht, allem zu widersprechen, aber im letzten Augenblick ist er zurückgewichen, weil er Präsident der Vereinigten Staaten ist, und weil er als das Oberhaupt eines großen kapitalistischen Staates nicht einen Schritt aus- führen konnte, der zur allgemeinen Revolution ge- gen den internationalen Kapitalismus geführt hätte. Sollte er offen kämpfen? Er hat es am Anfang versucht und am Schluß durch seine herrlichen Vor- schläge und durch einen Aufruf an das Volk von Italien. Es ist ihm aber mit diesen Methoden ebenso gegangen wie mit den ultrageheimen Verhandlungen der vier Regierungschefs. Wir können angesichts et- ner Niederlage, die durch den Rücktritt seiner ergebensten und getreuesten Mitarbeiter noch unter- strichen wird, das wiederholen, daß es keine Gerech- tigkeit zwischen den Völkern geben wird, ebensowenig wie im Innern eines jeden Volkes ohne den Triumph des internationalen Sozialismus.“

Welches wäre der schönste Erfolg des Frauenstimmrechtes?

III.

Was vor allem und zuerst dabei erreicht werden müßte, wäre dies, das von gegnerischer Seite entgegenstehende Mißtrauen zu besiegen. Der Mann aus dem Volke, besonders der sozialdemokratisch-beeinflußte, hat ein tief- eingewurzelter Mißtrauen gegen den Gebildeten, den Reichen, den Vornehmen; er sieht in ihm eine feindselige Macht, die darauf ausgeht, seine — des Proletariats — Lebensansprüche zu kreuzen und zurückzuweisen. Dieses Mißtrauen kann nur durch eines besiegt werden durch Vertrauen. Je mehr es uns gelingt, das Vertrauen einfacher Menschen zu gewinnen, unsere Brüder und Schwestern aus dem Volke in ein lebendiges Vertrauens- verhältnis zu uns zu setzen, desto mehr dienen wir dem Werke der Versöhnung. Und dabei kann unsere Frauen- welt uns vor allem helfen. Ihr Frauen der gebildeten Stände, werbt doch um die Liebe und das Vertrauen eurer Mißschwwestern! Ich denke da zuerst an alle die, die in irgend einer Lebensbeziehung zu uns stehen, an unsere Dienstmädchen, unsere Aufwartefrauen, unsere Wäscherinnen, die für uns waschen, unsere Schneiderinnen, die für uns arbeiten, unsere Armen, die wir besuchen, — all diese Frauen aus dem Volke sind uns doch erreichbar und können in unsere Einflußsphäre aufgenommen werden. Und von hier aus können wir weiter vordringen. Versäumen wir doch keine Gelegenheit, an unsere einfachen Mißschwwestern heranzugehen, ihnen unsere Anteilnahme, unsere Liebe zu beweisen. Hören wir ihre Klagen, hören wir auch einmal geduldig ihr Schimpfen an — wir wissen ja — die Liebe läßt sich nicht erbittern! — und versuchen wir viel ernster als bisher, uns in ihre Seelen hineinzudenken und das Leben gleichsam von ihrem Standpunkt aus zu sehen. Versäumen wir keine Gelegenheit, sie in ihrem Heim zu

Volk davon, wenn durch den Zutritt der Frauen einfach nur die Wählerzahlen der einzelnen Parteien sich ver- doppelten, ohne daß der weibliche Einfluß sonst irgendwie bemerkbar würde? Daran hat kein Mensch in unserm Volk ein Interesse.

Nein, wir erwarten mehr von unserer Frauenwelt! Wir erwarten, daß unsere Frauen auch in der Politik ganz und gar echte und feine Frauen bleiben, daß sie die Vorzüge ihrer Natur benützen, die Art und Weise des politischen Kampfes auf eine menschlich höhere Stufe zu heben. Möge die Zartheit ihrer Empfindung sie davor be- hüten, jemals in den Ton persönlicher Kränkung dem Gegner gegenüber einzustimmen; ja möchten sie doch gerade hierin verfeinert auf ihre männlichen Kollegen ein- wirken! Möchte je länger je mehr das weibliche Element als ein kulturförderndes Element in der Politik empfunden werden, als etwas segensreiches Neues, das eben in dieser Weise vorher noch nicht da war! Vergessen wir es doch nie: nicht in der Gleichheit mit dem Manne liegt unsere Bedeutung, nein, in der Verschiedenheit vom Manne liegt die tiefste Kraft unseres Ge- schlechtes!

Haben wir doch den Mut, diese Kraft wirksam zu ge- stalten auch in der Politik! Haben wir den Mut, die Liebe auch in die Politik mit hinein zu nehmen! Wenn es doch gelänge, durch die Mitarbeit der Frauen das scharfe und hasserfüllte Gegeneinander zu überwinden durch das viel größere und fruchtbarere Für einander! Werben wir doch nicht müde, immer wieder zu mahnen und zu bitten: Die Menschen sind nicht gegeneinander geschaffen; sie sind füreinander da!

Wenn es uns gelänge, mit dieser großen Wahrheit alle Gemüter von Grund aus zu durchdringen, so wäre dies der schönste Erfolg des Frauenstimmrechtes!

Bald Nagel.

Wilson lesen. Ob werden, ist, das i

Wach In d- tie schmer- starker zu größte en- Gegenstän- tend ist, e- entschlossen dem Vond- einem feni- einer läng- seine alte- mus zurück- des franzö- dessen Kor- darin lieg- sah-Vothri- geklagt, gl- gebietes d- wird. Er- Entschädig- gefordert- weist auf- man jetzt- Alliierten- renten au- europäisch- Vergütung- dens stipul-

Die de- Weitgehe- Flamm- Volk bei- gungen erg- das ständi- Kreise der- rung beton- ses Beschl- auf ihre V- vorschlä- midern un- zu erreiche- kann. Die- mittag 3 U- von einer- durch unse-

Die de- mum deffen- leisten zu- In de- deutschen G- schläge stin- An Ge- Gegner wi- Krieg gege- deutsche Un- gedante de- keine der b- dens frei- den, nicht- einwandfrei- vember 191- gelegt, welc- und welch- Rechtsgrund- Entente be-

Esfortise A- Gestützt- land die f- terbund- Forderung- vorschläge- der größte- würde. Da- Bewertung- wurfes fi- auf Grundb- bund einzu- vorschlag- Kampfman- Des v- tige Ab- chen und i- in spätest- Deutschland- hebung d- mit einem- die Ueberga- die Krieg- Entente ver- willen Deut- gen, erklär- der Vinken- die deutsch- schläge tref- schlagte tref- Bedingungen-

Inbezug- Gebietsabtr- ihrem Geger- ohne den- einem S- dern Sta- den dar- Bevölkerung- ter Aussicht- handtun. Für G- Abstimmung- ein Anschlu- kandidaten-

Indezug- Gebietsabtr- ihrem Geger- ohne den- einem S- dern Sta- den dar- Bevölkerung- ter Aussicht- handtun. Für G- Abstimmung- ein Anschlu- kandidaten-

Wilson wird diese Worte gewiß mit Unbehagen lesen. Ob sie ihn aber zu der Tatkraft emporreißen werden, die zur Durchsetzung seiner 14 Punkte nötig ist, das ist doch sehr fraglich.

Wachsende Kritik in England und Amerika.

In der englischen und amerikanischen Demokratie scheint die Kritik an den Bedingungen immer stärker zu werden. Der „Manchester Guardian“, das größte englische liberale Provinzialblatt, das englische Gegenstück zur „Frankfurter Zeitung“, macht, obgleich es gegenüber Lloyd George in der Kritik zurückhaltend ist, aus seiner Unzufriedenheit kein Hehl. Viel entschlossener ist die Ablehnung in der „Daily News“, dem Londoner Gegenstück des „Berliner Tageblattes“, einem sensationellen Annoncen-Unternehmen, das nach einer längeren Periode der Unsicherheit mit Energie seine alte Stellung als Vorkämpfer des Radikalismus zurückzugewinnen sucht. Bei einer Besprechung des französischen Vorschlags auf die Saar verweist dessen Korrespondent Harris auf den Jynismus, der darin liegt, daß im Friedensentwurf der Naub Elsaß-Lothringens durch Deutschland unwiderleglich angelegt, gleichzeitig aber der geplante Naub des Saargebietes durch die heutigen Alliierten ausgesprochen wird. Er erklärt es für vollkommen unmöglich, an Entschädigung so viel herauszupressen, daß es den geforderten Beträgen auch nur nahekommt und verweist auf die Unanständigkeit, die darin liegt, daß man jetzt den Deutschen den Ersatz aller von den Alliierten zu zahlenden Pensionen und Invalidenrenten auferlegen will, während die Erklärung der europäischen Alliierten vom 5. November lediglich die Vergütung des von Zivilpersonen erlittenen Schadens stipuliert hatte.

Die deutschen Gegenentwürfe.

Weitgehendes Entgegenkommen finanzieller Art.

Flammende Entrüstung hatte das ganze deutsche Volk bei Bekanntwerden der Entente-Friedensbedingungen ergriffen und aus allen Kundgebungen schallte das ständig wiederkehrende „Unannehmbar“ wider. Dieser Kreise der deutschen Bevölkerung. Auch die Regierung betonte immer wieder die Ungeheuerlichkeit dieses Beschlagesfriedens, gleichzeitig wies sie jedoch auf ihre Aufgabe hin, durch entsprechende Gegenentwürfe die grausamen Friedensbedingungen zu mildern und einen Frieden für das deutsche Volk zu erreichen, dessen Bedingungen es auch erfüllen kann. Diese Gegenentwürfe sind am Dienstag nachmittag 3 Uhr im Form einer Denkschrift begleitet von einer Art Mantelnote den alliierten Regierungen durch unsere Friedensdelegation übermittle worden.

Die deutschen Gegenentwürfe stellen das Maximum dessen dar, was Deutschland aus freien Stücken leisten zu können glaubt.

In der Begleitnote sind in kurzen Zeilen die deutschen Gegenentwürfe niedergelegt. Sämtliche Vorschläge sind als ein einheitliches Ganze zu betrachten.

An Hand der verschiedensten Aussprüche unserer Gegner wird nachgewiesen, daß sie angeblich keinen Krieg gegen das deutsche Volk, sondern gegen die deutsche Autokratie geführt haben. Ein zweiter Grundgedanke der deutschen Denkschrift besteht darin, daß keine der beiden Mächtegruppen bei Abschluß des Friedens frei ist. Beide sind völkerrechtlich gebunden, nicht nur durch die 14 Wilsonpunkte, sondern in einwandfreier Weise durch die Lansingnote vom 5. November 1918. In der deutschen Denkschrift wird dargelegt, welche Rechtslage sich aus dieser Note ergeben, und welcher Gegenlag zwischen dieser vereinbarten Rechtsgrundlage und den Friedensbedingungen der Entente besteht.

Sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund.

Gestützt auf diese Rechtsgrundlage fordert Deutschland die sofortige Aufnahme in den Völkerverbund als gleichberechtigte Macht. Diese Forderung bildet den Drehpunkt der deutschen Gegenentwürfe. Insofern als bei ihrer Erfüllung weitestgehend der größte Teil der Entente-Bedingungen hinfällig würde. Dabei verzichtet Deutschland auf die Verwertung seines eigenen Völkerverbundesentwurfes für den Augenblick und erklärt sich bereit, auf Grundlage des Entente-Entwurfs in den Völkerverbund einzutreten, doch verlangt der deutsche Gegenentwurf die Befreiung jeglicher wirtschaftlicher Kampfmaßnahmen.

Des weiteren akzeptiert Deutschland die sofortige Abrüstung, um damit einen Anfang zu machen und in der Erwartung, daß die übrigen Mächte in spätestens zwei Jahren seinem Beispiel folgen. Deutschland erklärt sich einverstanden mit der Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht und mit einem Heer von 100.000 Mann, bittet jedoch für die Übergangszeit um eine höhere Präsenziffer. Auch die Kriegsflotte soll gemäß den Bedingungen der Entente verringert werden; um den ehrlichen Friedenswillen Deutschlands besonders zum Ausdruck zu bringen, erklärt sich Deutschland auch zur Auslieferung der Linienfahrzeuge der Vorkriegsflotte bereit, sobald die deutsche Kriegsflotte für die Zukunft nur aus Kreuzern und Torpedobooten besteht; diese Gegenentwürfe treffen jedoch nur zu bei sofortiger Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund unter obengenannten Bedingungen.

Die territorialen Gegenentwürfe.

Inbezug auf die von der Entente geforderten Gebietsabtretungen vertritt die deutsche Regierung in ihrem Gegenentwurf den Grundsatz, daß kein Land ohne den Willen seiner Bevölkerung von einem Staat losgerissen und einem anderen Staate gewaltsam angegliedert werden darf. Ehe eine Abtrennung stattfindet, muß die Bevölkerung in geheimer und freier Abstimmung unter Aufsicht einer neutralen Kommission seinen Willen kundtun.

Für Elsaß-Lothringen kommen bezüglich der Abstimmung zwei Gesichtspunkte in Betracht, einmal ein Anschluß an Frankreich, und zweitens eine Selbstständigkeit Elsaß-Lothringens.

Im Osten lehnt die deutsche Regierung eine Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reiches rundweg ab. Die Bevölkerung hat bis jetzt noch nie zu erkennen gegeben, daß sie eine Loslösung wünscht, gerade das Gegenteil ist der Fall. Sollte die Entente jedoch den deutschen Vorschlag verwerfen, so fordert Deutschland die Entscheidung durch eine Volksabstimmung.

Bezüglich Posen betrachtet die deutsche Regierung des jenseits der Demarkationslinie liegende Gebiet als verloren; für den Rest der Provinz bestreitet dies die Regierung aber entschieden. Wenn keine Einigung zustande kommt, soll eine gemeindeweise Abstimmung erfolgen. Inbezug auf Danzig wird jede Abstimmung abgelehnt, doch ist Deutschland bereit, einen Freihafen zu schaffen, desgleichen wird Deutschland dem polnischen Staate durch Schaffung seiner Weichselmündung sowie durch Ueberlassung gewisser Eisenbahnrechte entgegenkommen.

Eine Abtrennung des Memeler Bistums von Ostpreußen wird abgelehnt, allenfalls eine Abstimmung zugelassen.

Die Stellung Deutschlands in bezug auf das Saargebiet sowie die Kreise Eupen und Malmedy hat die Regierung in ihren Noten bereits dargelegt.

Die Räumung der besetzten Gebiete.

Was die Räumung der besetzten Gebiete anbelangt, so ist die Regierung bereit, jedes noch so große Opfer zu bringen, um die sofortige Räumung herbeizuführen. Diese Räumung dürfte nach den deutschen Vorschlägen in etwa sechs Monaten beendet sein. Deutschland erklärt sich unter Umständen auch bereit, einen Teil seiner Reichseinnahmen aus den Zöllen, Forsten, Domänen zu verpfänden, besteht dagegen auf unbedingter Räumung des linksrheinischen Gebiets. Deutschland fordert weiter die Herausgabe einer Kolonien.

Die Strafbestimmungen.

Eine Auslieferung des Kaisers sowie anderer Persönlichkeiten an die Entente lehnt die deutsche Regierung ab mit dem Hinweis auf die Lansingnote, in der von Strafbestimmungen gar keine Rede sei. Mit dem Zusammentritt eines neutralen Gerichtshofes, der sich unter gleicher Beteiligung und Leitung durch einen neutralen Vorsitzenden lediglich mit der Feststellung der Vergehen zu befassen hätte, erklärt sich Deutschland einverstanden. Die Ausbrechung einer Strafe sowie deren Vollstreckung ist Sache eines deutschen Gerichtshofes.

Die finanziellen Gegenentwürfe.

Die weitgehenden finanziellen Gegenentwürfe, die ohne Zweifel große Teile der Bevölkerung äußerst überraschen werden, sind gemacht unter der Voraussetzung, daß die uns von der Entente stitig gemachten Gebiete bei uns verbleiben, daß das Rheinland geräumt wird, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung durchgeführt wird und schließlich eine sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund erfolgt. Deutschland erkennt lediglich die Vergütung des von Zivilpersonen erlittenen Schadens an.

Es erklärt sich bereit, 20 Milliarden Mark in Gold bis 1926 zu zahlen, desgleichen 80 Milliarden Mark in unverzinslichen Goldbons auszustellen. Die einzelnen Raten pro Jahr sind noch festzustellen, doch dürfen sie 10 Prozent der Gesamteinnahmen nicht übersteigen. Hiermit ist die Schadenersatzleistung erledigt. Eine Kontrolle durch die Entente wird nur dann zugelassen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Die ersten Zahlungen von 20 Milliarden Mark in Gold werden ermöglicht durch Aufrechnung des gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages ausgelieferten Heeresgutes im Werte von etwa 6 Milliarden Mark, der deutschen Ansprüche im Ausland, besonders in der Türkei, Bulgarien usw. im Werte von 13 Milliarden, in Goldkurs etwa 6-7 Milliarden Mark, der deutschen Forderungen in Kautschou, Schantung usw. von etwa einer Milliarde Mark, der Reichseisenbahnen, Post und sonstigen amtlichen Gebäuden im Reichsland im Werte von 1 Milliarde Mark, der deutschen Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen in den etwa abzutretenden Gebieten (Posen) im Werte von 1 Milliarde Mark, und der Rest dürfte durch die jährlichen Kohlenlieferungen aufgebracht werden.

Die wirtschaftlichen Gegenentwürfe.

Die Denkschrift gibt zunächst einen Überblick über die heutige wirtschaftliche Lage Deutschlands, weiter betont sie den Gegensatz der Entente-Friedensbedingungen zur Lansingnote. Die deutschen Gegenentwürfe gliedern in der Forderung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung im Inland, Ausland und in der Uebersee. In großem Widerspruch dazu stehen die Eingriffe unserer Gegner in das Privateigentum; Deutschland erklärt sich seinerseits bereit, sämtliche Liquidationen rückgängig zu machen und gegebenenfalls Ersatz zu leisten. Auf die wirtschaftliche Stellung in Kautschou wird reiflos Verzicht geleistet. Zum Schutz des Privateigentums wird die Verlängerung der Patentrechte auf fünf Jahre gefordert.

Der Forderung der Entente aus Herausgabe einer bestimmten Anzahl von Vieh wird zugestimmt, doch wird andererseits die ausgiebige Belieferung von Futtermitteln gefordert.

Die Rückgabe der Handelsflotte ist eine der Hauptforderungen Deutschlands. Es verpflichtet sich dagegen auf seinen Werften im ersten Jahre 100.000 Tonnen, im zweiten 200.000 Tonnen, in den folgenden fünf Jahren je 300.000 Tonnen Schiffe zu bauen. Weiter empfiehlt Deutschland eine Interessengemeinschaft zwischen den Schiffsahrtsgesellschaften der einzelnen Länder.

Deutschland ist gewillt den Kehler Hafen bis zum Ausbau des Strassburger Hafens zu verpachten, desgleichen 100.000 Tonnen der Rheinflotte abzugeben. In den verschiedenen Seebäsen können mit Deutschlands Zustimmung Freizonen gebildet werden, in denen jedoch nur Verkehrs- und keine Industrieanlagen eingerichtet werden dürfen.

Der von der Entente gewünschte Bau von Kanälen und Eisenbahnen wird in Betracht der finanziellen Schwierigkeiten abgelehnt.

Wie sich unsere Gegner zu dem deutschen Gegenentwurf stellen werden, ist sehr zweifelhaft. Es steht zu erwarten, daß die Gegner unserer Aufnahme in den Völkerverbund nicht widersprechen werden. Auch in bezug auf die geforderte Abstimmung in den strittigen Gebieten ist vielleicht ein Nachgeben der Entente zu erwarten. Zu berücksichtigen ist auf jeden Fall, daß die alliierten Staatsmänner, zumal Englands und Frankreichs, ihren Ländern gegenüber stark gebunden sind durch zahlreiche Versprechungen, deren Erfüllung jetzt unbedingt von ihnen gefordert wird. Die Antwort der Alliierten ist nicht vor 6-8 Tagen zu erwarten. Die Entscheidung über die Unterzeichnung des Friedens dürfte etwa gerade mit den Pfingstfeiertagen zusammen fallen. Der größte Teil der Delegierten wird nach Deutschland zurückkehren. Die Minister Giesberts Landsberg und Präsident Seimert, sowie der größte Teil der Sachverständigen werden am Mittwoch oder Donnerstag nach Berlin abreisen. Graf Brockdorff bleibt auf jeden Fall in Versailles.

Deutsches Reich.

Ein rheinisch-westfälische Republik sollte, wie die Verhandlungen des außerordentlichen Kriegesgerichts Wesel gegen eine Anzahl kommunistischer Führer ergeben haben, im Anschluß an einen kommunistischen Putz ins Leben gerufen werden. Für die Nacht zum 25. April 1919 wurden an vielen Orten des Rheinlandes gleichzeitig bewaffnete Aufstände geplant und vorbereitet zum Sturz der Verwaltungsbehörden und Herbeiführung einer rheinisch-westfälischen Republik. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Behörden ist die Ausführung dieses Vorhabens vereitelt worden.

Ein bayerisches Koalitionsministerium. Nachdem sich der Münchener Außerordentliche Landesparlamentarier der bayerischen Mehrheitspartei mit überwiegender Mehrheit für die Bildung einer Koalitionsregierung entschieden hat, werden jetzt bereits nähere Angaben über die Verteilung der Ministerstellen gemacht. Die Sozialdemokratie wird die Hälfte der Portefeuilles und den Ministerpräsidenten (Hoffmann) stellen, also die Mehrheit der Stimmen haben. Die Demokraten werden den Justiz- und Handelsminister, das Zentrum den Finanz- und Landwirtschaftsminister stellen. Als Vizepräsident bleibt Frauendorfer im Amt. Die übrigen Ministerien, also Inneres, Justiz, Kultus, Soziales und militärische Angelegenheiten, welches Ministerium übrigens Schneppenhorst behält, fallen der Sozialdemokratie zu. Als Voraussetzung für den Abschluß eines derartigen Uebereinkommens gilt die Aufstellung eines befriedigenden Arbeitsprogramms, das ein Mindestprogramm darstellt, das vom sozialdemokratischen Landesparlament beschlossen und angenommen worden ist, und auf das sich die an der Vereinbarung beteiligten Parteien verpflichten müssen. Wie verlautet, soll die Regierung demnächst von Bamberg nach München übersiedeln.

Deutschlands Recht auf Zurückziehung der Truppen.

In einer Note vom 8. Mai hatte Reichsminister Erzberger der Entente angekündigt, die deutsche Regierung werde ihre gesamten Streitkräfte aus Lettland und Litauen zurückziehen. Hierauf antwortete General Rudant, die Alliierten hätten am 24. Mai beschlossen, Deutschland habe alle Streitkräfte in Lettland und Litauen aufrecht zu erhalten. Die dorthin entsandten Vertreter der Verbündeten würden den Räumungstermin bestimmen. Reichsminister Erzberger hat jetzt die Antwort gegeben. Darin heißt es: „Die deutsche Regierung kann eine Anordnung der Beibehaltung der deutschen Truppen an Ort und Stelle nicht anerkennen, und muß vielmehr auf dem Standpunkt beharren, daß sie sämtliche deutsche Truppen, welche sich noch auf dem vor dem Kriege zu Rußland gehörigen Gebiet befinden, hinter die deutschen Grenzen nach ihrem Ermessen zurückziehen kann.“

Daß die deutschen Truppen wirklich zurückgezogen werden, wird hier nicht erklärt. Bekanntlich hat die neue lettische Regierung gebeten, die deutschen Truppen noch im Lande zu lassen, da sie allein zu schwach sei, den Bolschewisten stand zu halten.

Erhebungen über die deutsche Protestbewegung.

Nach Pariser Nachrichten erhielten die Vertreter des Verbandes in Deutschland von ihren Regierungen den Auftrag, über die Protestkundgebungen in den deutschen Landesteilen des Ostens, die den Polen zugestimmt werden sollten, Erhebungen anzustellen und Berichte an die Pariser Konferenz zu senden.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Herald“ schreibt seinem Blatte, er könne nach dem, was er in den Bergwerksbezirken Oberschlesiens gesehen habe, mit Bestimmtheit erklären, daß die ernstesten Ereignisse eintreten würden, wenn die Staatsmänner der Verbündeten die Rechte und Interessen der Bevölkerung, über deren Schicksal sie beschließen, nicht in Betracht zögen.

In einer Versammlung in Marienburg beschloßen die Vertreter der deutschen Volksräte aus Posen und Westpreußen folgende Erklärung:

Wir erwarten, daß das polnische Volk uns durch Ablehnung dieses Friedensvorschlages nicht zwingt, unsere ererbten Rechte mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, denn überall soll vor der ganzen Welt kein Zweifel bestehen, daß die Deutschen der Ostmark wie ein Mann aufstehen werden, um das Erbe ihrer Väter, das ihnen geraubt werden soll, mit allen Mitteln zu verteidigen. Ein solcher Krieg in der Ostmark, den die Polen damit entfachen würden, wäre einer der furchterlichsten Bürgerkriege, den wir kennen.

Die Lage im Westen. Aus Koblenz wird mitgeteilt, daß da keinerlei Putzgefahr statgefunden haben. Der Regierungspräsident der Pfalz, Dr. v. Winterstein, ist von den Franzosen nicht abgedrängt worden, sondern befindet sich auf einer Dienstreise durch die Pfalz.

Deutschland und der Vatikan. Herr v. Bergen ist jetzt amtlich zum Reichsgeandten beim päpstlichen Stuhle ernannt worden. Er verließ am Sonntag Berlin, um seinen Posten anzutreten. Da der Friede zwischen Deutschland und Italien noch nicht geschlossen ist, so wird Herr v. Bergen sein Amt zunächst von Lugano (Schweiz) aus verwalten.

Geplanter Aufruhr in Magdeburg. Wie den Magdeburger Behörden bekannt geworden ist, sollen in nächster Zeit von den Unabhängigen Putz in

Szene gelebt werden. In den öffentlichen Versammlungen der Unabhängigen wird verkündet, daß die jetzige Regierung kaum noch 14 Tage auf ihrem Posten bleiben werde. An den Anschlagtafeln tauchen wieder Plakate auf, die mehr andeuten als aussprechen. Offenbar will man die politische Erregung in den kritischen Tagen der Entscheidung über den Gewaltfrieden benutzen, um die Regierung und alle mit ihr in Verbindung stehenden Behörden zu beseitigen. Ähnliche Mitteilungen kommen auch aus anderen Orten.

Sperrung der Warenzufuhr.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ von verschiedenen Seiten mit Bestimmtheit berichtet wird, haben die französischen Besatzungsbehörden seit Mittwoch früh die gesamte Warenzufuhr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet vollkommen gesperrt. — Hier hatte sich in letzter Zeit ein äußerst lebhafter Handel mit Entente-Waren entwickelt, der von den Franzosen wohl aus politischen Gründen wohlwollend gestiftet wurde. Das Zentrum dieses Warenverkehrs ist Frankfurt a. M., von wo aus namentlich Lebensmittel, Seife, Zigaretten und dergleichen in steigendem Maße auch nach Berlin weitergeleitet worden sind. Obwohl die Preise noch immer ziemlich hoch waren, trugen sie doch zu einem merklichen Preisrückgang für manche Bedarfsgegenstände bei.

Rundschau im Auslande.

Polen: Polnisch-tschechische Vereinbarungen.

Der polnische Ministerpräsident Paderewski vereinbarte mit Wajarsky, dem Oberhaupt der tschechisch-polnischen Republik, daß die tschechische Frage durch eine polnisch-tschechische Kommission entschieden werden soll, die in Krakau zusammenzutreten wird.

Holland: Gemeinderatswahlen in Holland.

Bei den Gemeinderatswahlen in Holland erhielten die Mehrheitssozialisten in 143 Gemeinden, in denen sie bis jetzt 389 Mandate innehaben, 650 neue Mandate hinzu, so daß sie über 1000 besitzen. In 6 Gemeinden haben sie die Mehrheit, in 4 anderen Gemeinden zusammen mit den Kommunisten. Diese erhielten in 23 Gemeinden 23 Vertreter und eine von ihnen abgesplitterte Gruppe in 6 Gemeinden 10 Vertreter.

England: Sorgen um Afghanistan. — Arbeiterunruhen.

Der westliche Nachbarstaat der englischen Besatzung Indiens hat am Kriege als indirekter Bundesgenosse Deutschlands teilgenommen. Er hatte einen Vorstoß gegen Englands Unterdrückungsversuche gemacht, mußte aber zusammenbrechen, als Deutschland den Krieg nicht weiterführen konnte. Jetzt muß das Land die volle Schwere der englischen Faust fühlen. Die englische Regierung hat sich geweigert, den Afghanen einen Waffenstillstand zu gewähren. Der Emir von Afghanistan hat die dazu erforderlichen Schritte beim englischen Botschafter in Indien unternommen. — Im englischen Unterhause teilte Lord Balfour mit, daß die britische Regierung die neuen Regierungen der Tschechoslowakei, von Polen und Ungarn anerkannt hat; vorläufig anerkannt wurden der tschechische und der lettische Nationalrat als de facto unabhängige Regierungen. Die Araber (das sind die bestochenen Banditen, die für englisches Geld gegen die Türken kochten) werden als freigelegte Partei „anerkannt“.

Nach einer Arbeitslosen demonstration im Hyde Park in London versuchten die Demonstranten bis zum Parlament vorzudringen. Die Polizei die ihnen den Weg versperre, wurde mit Holzstöcken, die man aus dem Straßenpflaster herausriß, beworfen. Sie wurde vertrieben, bekam aber Verstärkungen und ging mit blanker Waffe gegen die Menge vor. Viele Personen wurden verwundet.

Rußland: Die Verteilung von Petrosburg.

Nach aus Kopenhagen eingetroffenen Meldungen verschlechterte Jenuwiew, der Präsident des Sowjet in Petersburg, er werde die Stadt bis zum äußersten verteidigen. Jenuwiew erklärte, eine Armee von 300 000 Mann zu seiner Verfügung zu haben. Seine Truppen seien sich hauptsächlich aus Arbeitern zusammen, die in aller Eile mobilisiert und ausgerüstet worden sind. — Nach dem Verluste von Riga haben die Bolschewisten die Eisenbahnbrücke zwischen Jaegell und Stintsee, nordöstlich Riga, gesprengt. An der Seengegend wird ebenso wie um den Besitz von Dinamünde noch gekämpft. Vor ihrem Rückzuge haben die Bolschewisten in Riga etwa 20 politische Gefangene getötet und 50 verschleppt. 1600 Gefangene, meist Baltien, wurden befreit.

Aus der Arbeiterbewegung.

Das Erstarken der christlichen Gewerkschaften. Das steigende Vertrauen der breiten Arbeitermassen zur christlichen Gewerkschaftsbewegung findet Ausdruck in dem außerordentlichen Wachsen der Mitgliederzahlen dieser Bewegung. Die christlichen Gewerkschaften haben im ersten Vierteljahr 1919 den erstaunlichen Zuwachs von über

400 000 neuen Mitgliedern zu verzeichnen: sie haben gegenwärtig die erste Million erreicht. An dieser günstigen Entwicklung hat auch der Christliche Metallarbeiterverband wesentlichen Anteil. Die jetzt erschienene Abrechnung für 1918 ergibt allein für 1918 einen Zuwachs von rund 116 000 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl hat weiter stark zugenommen, daß sie gegenwärtig nicht weit unter 200 000 steht und demgemäß nahezu ein Fünftel der Gesamtmitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften ausmacht. Der mächtige Aufschwung der christlichen Gewerkschaften hat weiterhin auch das erfreuliche Ergebnis, daß sich ihr Stärkeverhältnis zu den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften von 1:7 vor dem Kriege auf 4:7 bei gegenwärtigem Stande gebessert hat.

Bücherchau.

Die „Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen“ erscheinen in einer guten Buchausgabe zum Preise von M. 1.— (mit einem Ladenaufschlag von 10 Pfg.) im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin S.W. 61. Da die Tageszeitung nur Auszüge dieses für die ganze Zukunft Deutschlands ungeheuer wichtigen Dokumentes bieten kann, sei hierdurch dieses Buch für jeden Staatsbürger warm zur Kenntnisnahme empfohlen. Zur Massenverteilung in Schulen, großen Wirtschaftsbetrieben, Vereinen und Verbänden erscheint eine ganz billige Volksausgabe.

Preuß. Landesversammlung.

Aufhebung der Ortschulinspektionen.

— Berlin, 27. Mai 1919.

Das Gesetz zur Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht beschäftigte die Preussische Landesversammlung am Dienstag noch mehrere Stunden. Alle Fraktionen schickten Lehrer, Direktoren und Geistliche vor, die das Gesetz mehr oder minder freudig begrüßten.

Der demokratische Abg. Kimpel vermittelte in dem Entwurf über die Beseitigung der Ortschulinspektion die Bestimmungen über die kollegiale Schulaufsicht, wie über die hauptamtliche Kreis- und Provinzschulaufsicht. Beides sei ohne gezielte Maßnahmen, ohne Eingliederung des Schulunterhaltungsgebietes nicht durchführbar.

Der demokratische Abg. Linz-Barmen verwurte die Simultanschule, weil sie hinsichtlich der Kinder und der Lehrer und in zahlreichen fachlichen Momenten zweifelhaft ist. Seine Partei trete ein für die freien Schulgemeinden auf der Grundlage des Elternrechtes und der Gewissensfreiheit.

Abg. Voeltz (D. Vp.) sah in der Vorlage keinen Angriff auf die Kirche, sondern die Absicht der Regierung, an die Stelle von veralteten Zuständen endlich einmal lebensfähige Kraft zu setzen. Die Einzelschule sei bei der jetzigen Finanzlage undurchführbar. Der unabhängige Abg. Hoffmann hielt wieder mal eine seiner Revolutionsreden, wobei er scharfen Widerspruch im ganzen Hause fand.

Der Kultusminister Haenisch dankte für die freundliche Aufnahme, die seine Vorlage allseits gefunden habe. Sein Entschluß betreffend die Lehrerbereitstellung sei ein erster Versuch, diese Weiräte in eine organische Verbindung mit den Schulaufsichtsbehörden zu bringen. Er hoffe, damit große Erfahrungen zu machen.

Große Aufmerksamkeit fanden die Erklärungen des Zentrumsgesandten Herold. Er wandte sich gegen die Bestrebungen auf Gründung einer rheinischen Republik und erklärte, daß die Zentrumsfraktion das Vorgehen der Abgg. Kuchhoff und Kaiser, die mit französischen Offizieren verhandelt haben, entschieden mißbillige.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Kampf (Ztr.), Hollmann (D. Vp.) und Hoffmann (U. Soz.) geht die Vorlage an den Unterrichtsausschuß.

Am Mittwoch beschäftigt sich das Haus mit einer Anfrage über die Loslösungsbestrebungen im Rheinland.

Letzte Nachrichten.

Überreichung des deutschen Gegenantrags.

Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hat am Mittwoch namens der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift zu dem von den Gegnern überreichten Friedensvertrags-Entwurfes mit

einer kurzen Begleitnote überreicht. Der Rest der Denkschrift wurde am Donnerstag vormittag übergeben zusammen mit einer die Grundgedanken und Vorschläge der Denkschrift erläuternden Mantelnote.

Rückkehr deutscher Delegierter aus Versailles.

Am Mittwoch nachmittag sind 30 Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, in der Hauptsache Sachverständige, im Sonderzuge nach Deutschland zurückgekehrt, da ihre Aufgabe, nämlich Ausarbeitung und Vorbereitung der großen Denkschrift, erledigt ist. Mit dem Abendzuge reisten noch einige weitere Mitglieder der Delegation in die Heimat.

Jede Änderung von Vertrag abgelehnt?

Der Pariser Mitarbeiter der „Times“ wiederholt, es seien keine Änderungen am Vertrag möglich. Die Antwort des Verbandes auf die deutsche Denkschrift werde höflich, aber unmissverständlich eine endgültige Antwort für die zweite Juniwoche verlangen. Im übrigen kennzeichnet der Korrespondent die Pariser Stimmung in Bezug auf die deutsche Antwort als gleichgültig und ruhig abwartend, da bei einer Weigerung die militärischen Maßnahmen Deutschland eines Besseren belehren würden.

Die französische Presse redet dem Volke vor, daß in Berlin die Sozialdemokraten und der größte Teil der Demokraten und des Zentrums zugunsten einer Unterzeichnung des Friedensentwurfs umgefallen seien. Man kann bei solcher Stimmungsmache kaum noch auf eine Verständigung hoffen. Vielleicht tritt aber doch ein Umschwung ein, wenn erst bekannt wird, wie weitgehend das deutsche Entgegenkommen gerade gegenüber Frankreich ist.

Das Urteil der französischen Gewerkschaften.

Das Nationalkomitee der französischen Gewerkschaften erörterte nochmals das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen einen Antrag an, in welchem die Forderung der französischen Gewerkschaften festgelegt wird. Der Antrag erhebt zunächst Einspruch gegen die Geheimhaltung der Versailler Erörterungen und gegen die Unzulänglichkeiten des durch die Presse verbreiteten Auszuges des Vertrages. Die augenblicklich bekannten wesentlichen Abmachungen des Vertrages entsprechen sei es wegen der Wünsche der Arbeiter. Sodann geht der Antrag auf die Einzelheiten ein und formuliert zehn Punkte gegen die Gesamtheit der Artikel des Vertrages. In diesen zehn Punkten wird erklärt, daß der Vertrag:

1. eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sei;
2. Gebiete in verkappter Weise annektiere;
3. die Verpflichtung bezüglich der Gesellschaft der Nationen verlange;
4. zu den alten Bündnisystemen zurückkehre;
5. die allgemeine Abrüstung unmöglich mache;
6. den Kolonialismus fortsetze;
7. daß ihm jegliches internationales Finanzsystem fehle;
8. daß ihm ein internationaler wirtschaftlicher Organismus fehle;
9. daß er den wirtschaftlichen Krieg und die Blockade fortsetze;
10. daß jede wahre internationale Arbeitsscharia ihm fehle.

Der Vertrag rufe neuen Haß und territoriale Revanchewünsche hervor und lasse Konflikte bestehen, welche mindestens ebenso groß und gefährlich seien, wie die Konflikte vor dem Krieg 1914. Das Nationalkomitee verlangt schließlich eine Revidierung des Vertrages und erklärt, daß getreu den Grundsätzen eines Friedens der Freiheit und Gerechtigkeit die Arbeiterklasse Frankreichs entschlossen sich verpflichtet, sowohl durch eine nationale Aktion als durch gemeinschaftliche Anstrengungen mit den Arbeitern anderer Nationen auf die Bewirkung eines wahren Völkerefriedens und einer stabilen Weltorganisation, welche die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens sicher stellen wird, hinzuwirken. Die Delegation der französischen Gewerkschaften wird diesen Standpunkt auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in ... vertreten.

Für den Inhalt verantwortlich: W. G. a. a. a. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. — Nummer 74, Amt Bielefeld. — Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schillerplatz 141. — Alles, was die Redaktion betrifft, alle Inserate und Sendungen an die Geschäftsstelle: Bielefeld, Grabenstraße 22, Bielefeld-Telefon 1382 Hannover.

Neuerwerbungen:

Schreiner Ernst

„Die Erste Auferstehung“

80 Seiten broschiert M. 1.60, gebunden M. 2.50.

Inhalt: Eine gewisse Hoffnung. Die Hoffnung der ersten Auferstehung. Wer gelangt zur ersten Auferstehung? Der hohe Adel der ersten Auferstehung. Die Auferstehung. Die Verewandlung. Die Erwählung. Fürchte dich nicht. Die Hochzeit des Lammes.

In biblisch-mystischer Weise, aber in seiner lebendigen Art gibt Schreiner eine klare Orientierung über dieses Thema. Seine Ausführungen mahnen, trösten und erheben zugleich. Der gläubigen Gemeinde wird mit dieser Schrift ein guter Dienst getan. Wer gerne einmal teilhat an der „Ersten Auferstehung“, dem kann dieses Büchlein gute Dienste leisten; es führt an, nach dem vorgehaltenen Axiom der himmlischen Verheißung Gottes in Christo Jesus zu folgen, und läßt uns zugleich Blicke tun in die Ewigkeit und Herrlichkeit dieser göttlichen Verheißung.

Arndt Johannes

„Die Heimkehr der Seele“

Eine Auswahl aus Arndts „Wahrem Christentum“

bearbeitet von Dr. P. Schneider, 105 Seiten gebunden M. 2.50.

Inhalt: Einleitung. Vom Suchen. Vom Glauben. Von der Gemeinschaft des Glaubens. Von der Gemeinschaft mit Menschen. Von der Heiligkeit. Von den Früchten der Liebe. Geist und Freiheit. Von wahren Gottesdiensten. Von der geistlichen Armut. Vom Licht der Gnade. Von der Vereinigung mit Gott. Von der Freude in Gott. Von der Demut. Vom Geheimnis des Kreuzes. Von der Vereinigung mit Christus. Vom Tode. Von der Hoffnung.

Eine feinsinnige Auswahl der besten und tiefsten, was der unvergessene Gottgelehrte seinen Zeitgenossen zu sagen hatte. Es ist lebensvolles Wissen, das aus dem Bräunen der Vergangenheit gekostet wird, das auch und namentlich heute stärken und loben kann, ja und den Weg zu dem Urquell des Lebens, unserem Herrn Jesus Christus, zeigen will. Arndts „Wahres Christentum“ hat vielen Tausenden Seelen gebracht, es wird auch in dieser neuen Form seine Spuren hinterlassen. Wir empfehlen das Buch sehr.

— Auf alle Preise kommt noch ein Verzugszuschlag von 10%. —

Brunnen-Verlag Gießen, Postfach. Frankfurt 5107.

Landwirte

schützt Euer Vieh und Vorräte usw. gegen Diebstahl und Einbruch mit meinem Selbstschussapparat **Höllenhund** für scharfgeladene und Platzpatronen. Preis 9.00 Mark.

Ferner zum persönlichen Schutz: Drillinge, Jagdflinten, Selbstlade-Pistolen, Revolver usw. bei **Heinrich Eckhardt, Bielefeld**, Gehrenberg 16. — Telefon 1447.

Nähmaschinen, Fahrräder,

Waschmaschinen, Kochherde

und sämtliche Eisenwaren und Haushaltsgegenstände empfiehlt

Konrad Brakemeier, Bielefeld, Rohrtrichstraße 72, Ecke Teutoburgerstraße.

Eigene Reparaturwerkstatt.



Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

bezieht die Förderung der Volkshilfe und Volkswohl auf christlich-nationalen Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiet bereits gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können.

Nähere Auskunft erteilt **Emil Hartwig**, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Die Evangelisch-soziale Schule

in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übernimmt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer, Jugendpfleger, Missionsbegleiter oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule **D. Jaeger**.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Der Deutsche Guttempler-Orden (I O G T)

verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Brüderliebe, um unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewöhnliche Auskunft erteilt:

Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Hundert Milliarden!

Kann Deutschland diese Summe aufbringen?

„Deutschland erklärt sich bereit, bis zum Jahre 1926 20 Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1927 an jährliche Abzahlungen in zinsfreien Noten mit der Maßgabe, daß die gesamte schuldensetzende Schuldlast unter keinen Umständen den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen darf, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien wie die erwähnten 20 Milliarden.“

Großes Entsetzen wird gar manchen ergriffen haben, als er die finanziellen Gegenentwürfe der deutschen Regierung zu Gesicht bekam. Geradezu ungeheuerlich erscheint uns im ersten Augenblick das traurige Los des deutschen Volkes, auf Jahre hinaus der Schuldner der Entente zu werden. Jeder stöhnt und seufzt in der Erwartung der schweren Steuerlasten, die unzweifelhaft die Folge einer derartig hohen Milliardenzahlung sein würden. Ein dunkler Pessimismus wird sich weiter Kreise der Bevölkerung bemächtigen.

So drückend aber die Lasten auch sein mögen, — das wird kaum jemand leugnen können —, so dürfen wir doch den Mut nicht ohne weiteres sinken lassen.

Zunächst müssen wir berücksichtigen, daß die deutschen Gegenentwürfe, insbesondere auch die finanziellen, das Maximum dessen darstellen, was das deutsche Volk aus freien Stücken leisten zu können glaubt. Wir können alle versichert sein, daß die finanziellen Leistungen vom deutschen Volk aufgebracht werden können. Langwierige Beratungen zwischen dem Reichsfinanzminister Brüning und den bekanntesten Vertretern der deutschen Privatfinanz gingen der Festlegung der deutschen Gegenentwürfe voraus.

Wir würden aber in einen großen Fehler verfallen, wenn wir die finanziellen Gegenentwürfe aus dem Rahmen des Gesamtentwurfes herausheben würden. Gerade diese ungeheuren Konzeptionen in finanzieller Hinsicht, deren Höhe einen jeden auf das Unangenehmste überrascht hat, können nur gewürdigt und zugebilligt werden im Zusammenhang mit den übrigen Fragen des deutschen Gegenentwurfes.

Die finanziellen Leistungen können und dürfen nur erfolgen, wie es auch in der deutschen Denkschrift ausgesprochen ist, unter der Voraussetzung, daß verschiedene unserer Gegenforderungen vom Feinde erfüllt werden.

Wir verlangen einmal die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, und zwar als gleichberechtigtes Mitglied. Das deutsche Reich darf nicht behandelt werden als Staat vierten oder fünften Ranges, wie etwa Portugal. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der unter der augenblicklichen Preisgabe des eigenen Völkerbündnisses sowie bei gleichzeitiger Abrüstung zu Lande und zur See erfolgt, ist einem großen Teil der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages die Rechtsgrundlage entzogen.

Weiterhin fordern wir die Beseitigung jeder wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, bestehen also auf der wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Ein Wirtschaftskrieg nach dem Krieg ist nach Bewilligung dieser Forderung unmöglich gemacht.

Eine grundlegende Voraussetzung für unsere finanziellen Leistungen bildet aber die Tatsache, daß die uns von der Entente strikt gemachten Gebiete bei uns verbleiben müssen und daß Deutschland auf der sofortigen Räumung der besetzten Gebiete besteht. Die deutsche Regierung schenkt keine Opfer an Geld, um die deutschen Gebiete und ihre Landeskinder vor der Verdrängung vom Deutschen Reich zu bewahren. Sie ist bereit, die Einkünfte aus den Zöllen, Domänen, Forsten usw. zu verpfänden, die ungeheure Schuldenlast von 100 Milliarden auf sich zu nehmen unter der Voraussetzung, daß unsere Gegner von der Festhaltung des Deutschen Reiches absehen. Das ist gerade das Erreichte an den deutschen Gegenentwürfen, daß das Wohl der eigenen Landeskinder höher bewertet wird als Geld und Gut. Hier ist kein Platz für die Verschäkerung von Land und Leuten, wie sie uns die Entente in dem schmachvollen Versailler Vertrag zumutet.

Andererseits können die ungeheuren Zahlungen ja nur dann geleistet werden, wenn Deutschland Herr im eigenen Lande ist, über seine Industrie und seinen Handel schalten und walten kann nach eigenem Ermessen. Daß die deutsche Regierung treu und loyal an seinen selbst vorgeschlagenen Verpflichtungen festhalten wird, dessen dürfen unsere Gegner versichert sein.

Nur im Vollbesitz seiner Kräfte, seiner Industrie und seiner Bewegungsfreiheit ist Deutschland die Zahlung der 100 Milliarden möglich.

Zur größeren Entlastung des wirtschaftlichen Lebens ist auch

die Rückgabe der Kolonien

eine Lebensfrage des deutschen Volkes, auf deren außerordentlich wichtige Bedeutung immer wieder hingewiesen werden muß. Desgleichen ist die Rückgabe der deutschen Handelsflotte eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung der finanziellen Leistungen.

Ein Glied greift ins andere, nur in der Gesamtheit können die Vorschläge gewürdigt werden. Erst wenn sie miteinander ausgeglichen werden, verlieren sie an Härte und Untragbarkeit, zumal die finanziellen Leistungen, deren Erfüllung uns vielleicht für das Erste ganz untragbar erscheinen mag.

Das Urteil der Presse.

Die deutsche Presse über die deutschen Gegenentwürfe.

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hält die konservative Presse die deutschen Gegenentwürfe für viel zu weitgehend. Besonders das Angebot der deutschen Regierung über die sofortige Abrüstung wird als schwerer Nachteil empfunden.

So schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Wir bemerken, daß diese Kreise des deutschen Volkes mit unserer Entschlossenheit durch das Zugeständnis der Herabsetzung unseres Heeres auf 100 000 Mann und noch viel mehr mit der freiwillig angebotenen Entschlossenheit unserer Flottenflotte — alles ohne feindliche Gegenleistung — nicht einverstanden sein werden.“

Die „Tägliche Rundschau“ erklärt:

„Daß die neue Regierung ohne Kriegsschiffe und mit 100 000 Mann Truppen für das ganze Deutsche Reich auskommen glaubt, zeigt, daß ihr doktrinarer Antimilitarismus von den Vorgängen des letzten halben Jahres nichts gelernt hat.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist der Meinung, daß durch die Ausschaltung der staatlichen Macht die Nutzung und Gewährleistung der Staatsgewalt im Innern unmittelbar in Frage gestellt wird. Bezüglich der finanziellen Gegenentwürfe erklärt das Blatt:

„Es ist eine unerhörte Gewissenlosigkeit in der Art, wie die Revolutionsgegner, die gleichzeitig die Schuldigen an dem ganzen Elend sind, solchergestalt leichtfertig über deutsches Volkswesen, über die Kräfte deutschen Reiches, über das Mühen und den Schweiß von 60 Millionen zu verfügen sich unterfangen.“

Das demokratische „Berliner Tageblatt“ äußert zusammenfassend sich folgendermaßen:

„Die deutschen Gegenentwürfe schaffen den Weg zur Verständigung. Sie bieten große Opfer an — Opfer, wie niemals ein Volk sie tragen mußte —, und wer sie mit hochheißer Siegeslust, ohne jede Geneigtheit zum Verhandeln, bei Seite schieben wollte, würde vor der Menschheit und der Geschichte eine Verantwortung übernehmen, wie sie, so schwer und untragbar, nur jemals einen schuldigen Gewaltverstoß belastet hat.“

Auch der „Vorwärts“ empfindet die Härten des deutschen Gegenentwurfes und weist darauf hin, daß die deutsche Regierung mit ihren Vorschlägen — sicher nach der einmütigen Überzeugung des ganzen deutschen Volkes — bis hart an die Grenzen des überhaupt Möglichen und Erfüllbaren gegangen ist.

Die „Germania“, das führende Zentrumsorgan Norddeutschlands, beleuchtet den Gegensatz zwischen dem Versailler Vertrag und den Gegenentwürfen und stellt fest, daß wir bei Verwirklichung der deutschen Forderungen wenigstens Herr im eigenen Lande bleiben, wenn dieses zunächst auch recht ungemütlich zu bewohnen und voll gährender Leere sei. Deshalb bedeute der deutsche Vorschlag, mag er in seinen Wirkungen auch geradezu unerträglich sein, immer noch einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem berückichtigten vom Trianon.

Die „Frankfurter Zeitung“ warnt die Entente, auf ihrem Entwurf zu beharren, der das deutsche Volk in die Sklaverei führen will und der das Deutsche Reich zertrümmern würde.

Total- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, den 31. Mai 1919.

— **Elternbund.** Am Abend des 27. Mai war eine große Schar von Eltern und anderen an Erziehungsfragen interessierten Leuten einer Einladung der Neustädter Gemeinde gefolgt. Pastor Michaelis leitete mit einem etwa einstündigen Vortrag die Besprechung der Frage ein: „Wie reden wir mit unseren Kindern von Religion?“ Die Aussprache, an der sich zahlreiche Eltern, Lehrer und Lehrerinnen beteiligten, brachte Fragen und Erlebnisse in reicher Fülle hervor, so daß niemand ohne Segen und Ermutigung, den Kindern frühzeitig das Beste zu bieten, gegangen sein wird. Eine regelmäßige Wiederholung solcher Besprechungsabende, auch in anderen Gemeinden, ist von Herzen zu wünschen.

— **Guttempler.** Am Sonnabend, den 31. d. M., abends 8 Uhr, wird der Geschäftsführer des deutschen Vortruppbundes, der Schriftsteller Franziskus Hänel aus Hamburg, über das Thema „Nicht muß wieder werden nach diesen dunklen Tagen“ im Gasthof Vereinshaus sprechen. Die beliebte heimliche Konzertsängerin Frau Frieda Heidemann-Boge wird eine Anzahl stimmungsvoller Lieder singen.

— **Kriegsküche.** über die Aufhebung der Kriegsküche in der Moltkestraße wird uns vom Rathaus geschrieben:

Die Räume der Kriegsküche in der Moltkestraße sind von dem Besitzer gekündigt. Die beim Mietvertragsamt hiergegen eingelegte Berufung ist erfolglos geblieben, deshalb muß die Küche zum 1. Juli geräumt werden. Wegen der weiteren Speisung der bisher diese Küche in Anspruch nehmenden Personen ist Vorkehrung getroffen. Alle können in der, in unmittelbarer Nähe gelegenen Küche an der Breiten Straße, also im Stadtzentrum essen.

— **Aufhebung des Futterstoffverbots.** Die Reichsbekleidungsstelle hat das Verbot, Toppfen für Männer und Anaben sowie die Rückenteile der Röcke, Jacken und Westen für Männer, teilweise auch die Mäntel für Männer und Anaben mit Futter zu versehen, nunmehr wieder aufgehoben. Auch die Beschränkung der Taschengeldzahl ist beseitigt worden. — Ferner hat die Reichsbekleidungsstelle die Vorschriften über den Stoffverbrauch bei Anfertigung von Kleidungs- und Wäscheartikeln außer Kraft gesetzt. Sie bleiben nur noch in Kraft für die Verarbeitung von Stoffen, die der Bezugspflicht noch unterliegen.

— **Ersatz bei fehlenden Kartoffelzufuhren.** Da mit einem demnächstigen Verliegen der Kartoffelzufuhren gerechnet werden muß, hat der Reichsernährungsminister angeordnet, daß in Zukunft für jedes an der fünfpfundigen Normration fehlende Pfund Kartoffeln 140 Gramm Mehl ausgegeben werden. Die Kommunalverbände haben die Anträge auf Mehluweisungen an Stelle ausfallender Kartoffeln an die Reichskartoffelstelle zu richten. Solange der Bestand an Kartoffeltrocknungserzeugnissen es zuläßt, wird an Stelle von Getreidemehl Kartoffelmehlmehl oder Stärkemehl ausgegeben.

— **Saatarten** sind zur Vermeidung von Weiterungen sofort, spätestens bis 5. 6. 1919, dem Kriegswirtschaftsamt, Bielefeld, Kaiserstraße 35, einzuweisen.

— **Kriegergebenseier in Jöllenbeck am Sonntag Rogate.**

Ein Lichtbild in dunkler Zeit, eine erquickende Raft auf beschwerlicher Wanderung durch die Wüste war uns die Versammlung der 8 Vereine der Jöllenbecker Kreisverbände. Der große Saal des Vereinshauses war fast bis auf den letzten Platz gefüllt; freundliches Wetter hob die Stimmung. Die gemeinsamen Gesänge, die Vorträge der gemischten Chöre von Deppendorf und Jöllenbeck und der Volksmusikanten ständen sämtlich im Einklang mit dem Gedankengang der ersten Feier, die uns zusammenführte. Die Ansprache im Anfang der Feier führte auf einen großen, weiten Heidenfriedhof. Der Verein von Jöllenbeck betrauert 20 Krieger, Spengle 5, Wallenbrück 5, Bräse 6, Werther 10, Biele 5, Schilde 16 und Deppendorf verhältnismäßig die größte Zahl 10. Fast ein Drittel der ins Feld Gezogenen hat sein Leben für uns gelassen, ein Beweis, daß treue, standhafte Westfalen sich nicht schonen. Sind unsere Helden vergebens gestorben? So fragt jagend manches Herz. Wenn man nur auf dieses Leben läßt, so bliebe außer dem Lichten, unergänzlichen Vorbild der opferbereiten Treue nicht viel übrig, um die schmerzliche Frage zu verneinen. Ihre Hingabe hat das Vaterland nicht groß machen, nicht retten, dem kommenden Geschlecht keine frohe, helle Zukunft schaffen können. Wenn wir aber auf die Zukunft der großen, schönen Ewigkeit blicken, in der alle Lebensrätsel ihre Lösung finden, und alle Blüten des Glaubens und der Liebe zu vollkommener Frucht ausreifen werden, dann sind sie wahrlich nicht vergebens gestorben. Gott läßt sie im glücklicheren himmlischen Vaterlande unter den günstigsten Lebensbedingungen wachsen, reifen und wirken. Ihr Leben ist nicht jäh zerstört, sondern im Gegenteil zur ungehemmten Entfaltung aller in ihm liegenden Anlagen und Kräfte gekommen. Gott, der im Haushalt der Natur kein Blatt unvernünftig läßt, sondern es benutzt zur Ernährung des Baumes, von dem es gefallen ist, er wird erst recht seine unsterblichen Kinder verwerten in seiner unergänzlichen himmlischen Welt. Er stände sich ja sonst selbst im Lichte, wenn er wertvolle Kräfte zerstört werden ließe, durch die er hier noch so viel Gutes hätte wirken können. Darum wer im Glauben das Opfer der Hingabe für's Vaterland brachte, der starb nicht vergebens und nicht zu früh. — Über „Unsere Zeit — unsere Aufgabe“ sprach unser neuer Bundessekretär für den Minden-Ravensberger Gau Selberg, der bisher in Saarlautern ein Soldatenheim geleitet hatte. Ein Sohn des Ravensberger Landes, hat er durch seinen Vortrag gezeigt, daß er die Art unserer Vereine recht versteht, die auf Gottes Wort gegründet sind und nur in der Pflege dieses Lichts von oben gedeihen können. Wenn unser Verein sich seine Worte merken und vor allem dem Gottes Wort in Bibelfunde oder Bibelfeststunden sich sammeln und alle anderen Betätigungen, Turnen, Spielen, ja selbst Singen und Blasen als erst in zweiter Linie stehend ansehen werden, dann braucht uns um ihre Zukunft und ihr Wachstum nicht bange zu sein; Dann werden sich auch Mitarbeiter unter den älteren Mitgliedern finden, die den jüngeren in geduldiger Treue dienen. Die haben dann auch etwas am Verein, die ihm viel zu sein sich bemühen; die werden nehmen, die sich geben. Wo aber das Herzblut des Evangeliums nicht den Verein durchströmt, da bleibt er ein Körper, der an der Blutarmut fränkelt und allerlei Schwäche und Gebrechen offenbart, und daran wird dann auch keine Aussprache auf Generalversammlungen irgend etwas ändern. Ist Gottes Wort Licht und Salz, so können es folgerichtig christliche Vereine auch dann nur sein, wenn sie sich regelmäßig von dem Licht durchstrahlen, von dem Salz durchdringen lassen. Unser Bundessekretär hat gewiß aller zielbewußten Vereinsmitglieder Vertrauen gewonnen durch seine kraftvolle Bezeugung der rechten Arbeitsmethode. In seinem Schlußwort sprach der bewährte Freund unserer Kreisverbände Rektor Wellenbrink über Nehemia 2, 17; es war ein Wort der Ermutigung gegen die Verzweiflung. Den Bibellehrern seien die Bücher Esra und Nehemia empfohlen! Sie schildern den Wiederaufbau des jüdischen Volkslebens nach der babylonischen Gefangenschaft und können uns manchen Wink geben und uns den Glauben in einer Zeit der geringen Dinge mächtig stärken. Die Überzeugung, daß wir noch eine Aufgabe haben, neuen Mut und neue Lust zur Vereinsarbeit, werden die Vereine als Ertrag dieser schönen, erhebenden Zusammenkunft mit nach Haus genommen haben.

* **Gütersloh.** (Evangelischer Jünglings- und Männerverein.) Zu dem am Sonntag, den 1. Juni, stattfindenden Ausflug nach dem Bersmold wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Fahrkarten im Preise von 2 M unter Hinweis auf „Familienausflug“ möglichst schon am Sonnabend gelöst werden. Die Abfahrt erfolgt mittags 1 Uhr, die Rückfahrt abends 8 Uhr. Zahlreiche Beteiligung seitens der Mitglieder und ihrer Familien ist sehr erwünscht.

Französische Ritterlichkeit.

Der Einzug des französischen Kommissars in das Meyer Bezirkspräsidium.

Wer je an die französische Höflichkeit geglaubt hat, ist seit dem Einzug der Franzosen in Elßaß-Lothringen und im besetzten Gebiete mehr als einmal von seiner irrigen Ansicht bekehrt worden. Besonders in den oberen Offiziers- und Beamtenkreisen läßt sich wenig von dieser angeblichen echt französischen „Courtoisie“ feststellen. Der frühere Medaillieur der „Meyer Zeitung“ Konrad Fischer gibt in seiner kürzlich erschienenen Broschüre „Wie die Franzosen in Elßaß-Lothringen haufen!“ (Druck und Verlag von Otto Dreher, Berlin W. 57, Kurfürstenstr. 19) ein drastisch. Bild von dem Einzuge des Kommissars der französischen Republik in das Meyer Bezirkspräsidium. Er schildert die Vorgänge folgendermaßen:

Freiherr von Gemmingen, der seit sieben Jahren das Amt des Bezirkspräsidenten von Lothringen bekleidet und sich als oberster Verwaltungsbeamter verpflichtet gefühlt hatte, den im Einverständnis mit den französischen Behörden getroffenen Anweisungen Folge zu leisten, indem er als Vorbild für seine Untergebenen auf seinem Posten verblieb, war der erste, der sich den Ungezogenheiten des Präfecten Mirman ausgeliefert sah. Dieser näherte sich seinem deutschen Kollegen nicht mit den sonst bei den Franzosen in höheren Stellungen gerühmten Umgangsformen, Mirmans Auftreten kam schon mehr dem eines ungehebelten Hausknechtes gleich. Er ließ Freiherrn von Gemmingen durch seinen Diener mitteilen, daß er innerhalb von vier Stunden die Wohnung zu räumen habe, wogegen Freiherr von Gemmingen schon wegen der Undurchführbarkeit dieser Anordnung protestierte. Es entspann sich eine recht lebhaft Auseinandersetzung zwischen den beiden Prä-

fecten, wobei Freiherr von Gemmingen sein Bestreben über die gegen ihn angewandte Behandlungsweise aussprach. Zur Charakterisierung der kleinlichen und gehässigen Gesinnung Mirmans wies Freiherr von Gemmingen auf die im Auftrag des Präfecten bereits abgehängten Kaiserbilder hin, indem er sagte: „Sie haben als Vertreter Frankreichs Ihre Tätigkeit mit dem Entfernen der Kaiserbilder begonnen, dort an der Wand hängt bereits seit 50 Jahren das Bild Napoleons. Wir haben nie daran gedacht, uns an dem Porträt eines Mannes zu vergreifen, dessen Persönlichkeit genau wie die eines deutschen Fürsten eine historische Berechtigung besitzt. In diesem Verwaltungsgebäude seinen Platz einzunehmen. Wohl aber waren wir für die Erhaltung dieses Bildes besorgt. Welch ein Unterschied zwischen der vornehmen Denkmalsweise Deutschlands gegenüber der Frankreichs!“

Frau Mirman ordnete inzwischen das Hinausstellen der Möbel an, wählte eigenhändig in den der Frau von Gemmingen gehörenden Schubladen und Schränken herum. Hierbei fand Frau Mirman echte Brüsseler Spitzen, die sich zweifellos auf ihrer Festrobe beim bevorstehenden Empfang Poincarés und Clemenceaus recht gut ausnehmen würden. Madame Mirman hatte deshalb kurzer Hand die Unverfrorenheit, Frau von Gemmingen gegenüber die Behauptung aufzustellen, daß die Brüsseler Spitzen gestohlen seien und daß sie in ihrer Eigenschaft als Frau Präfect Mirman es für ihre Pflicht halte, diese Spitze an sich zu nehmen, denn — „die Gerechtigkeit verlange dies!“

Freiherr von Gemmingen gab seinem Diener den Auftrag, vier Jagdgewehre zur Ablieferungsstelle zu bringen, da laut einer amtlichen Verfügung alle Waffen abzugeben waren. Als Frau Mirman dies beobachtete, ließ sie dem Boten die Gewehre abnehmen.

Die Gewehre haben die Ablieferungsstelle, wie festgestellt wurde, nie erreicht.

Als Frau Mirman die in den unteren Räumen des Bezirkspräsidiums stehenden Betten sah, die einer deutschen Wohlfahrtsfürsorge dienten, äußerte sie höchst erstaunt, daß die „Boches“ so schöne Betten besäßen. Sie erinnerte sich ihrer sechs Kinder, die sich in diesen Federbetten sicherlich recht wohl fühlen würden — und schon wanderte das fremde Eigentum in die Räume Mirmans. Kommentar überflüssig.

Die Behandlung der Familie des Freiherrn von Gemmingen rief in der Stadt die größte Bestürzung hervor. Man sagte sich, wenn der Präfect persönlich dem Bezirkspräsidenten und dessen Familie in solch unfeiner, gehässiger Weise entgegengetritt, wie wird es erst den übrigen Beamten und Deutschen ergehen.

Mirman verweigerte Freiherrn von Gemmingen die Ausreisepässe, der somit genötigt war, in „Meyer Hof“ Wohnung zu nehmen. Dies gab zur Verbreitung allerhand böswilliger Gerüchte Anlaß, die angetan waren und offenbar auch den Biedersoligen, die Ehre des „festgehaltenen“ Bezirkspräsidenten anzutasten und das hohe Ansehen, das Frei-

herr von Gemmingen in allen Kreisen der Bevölkerung genöß, herabzuwürdigen.

Soweit die Darstellung Fischers. Dem Bezirkspräsidenten wurde im Pariser „Journal“ vorgeworfen, er habe als persönliches Mobiliar den größten Teil des amtlichen Mobiliars mitgenommen. Die beantragte Untersuchung ergab selbstverständlich die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen. Ein großer Teil des persönlichen Mobiliars befand sich dagegen zu dem Zeitpunkt noch im Bezirkspräsidium. Aber dies kümmerte ja die Herren Franzosen nicht, einem „Boche“ gegenüber könnten sie sich ja alles erlauben.

Verkauf von Fleisch, Wurst und Hülsenfrüchten an die Einwohner des Stadtkreises Bielefeld.

In der Woche vom 26. 5. bis 1. 6. 1919 werden an die fleischverorgungsberechtigten Bevölkerung ausgegeben:

Gegen Abgabe der Marken 1 bis 4 der braunen Reichsfleischkarte (des Stadtkreises)

80 Gramm frisches Fleisch (Rind- und Kalbfleisch), auf die Marken 5 und 6: 40 Gramm Wurst.

Auf die Abschnitte 7, 8, 9 und 10 werden zusammen 80 Gramm Hülsenfrüchte (sogenannte Wibelbohnen) als Fleischersatz zum Preise von 16 Pfg. verabfolgt. Der Verkauf dieser Hülsenfrüchte findet Montag, den 2. 6. und Dienstag, den 3. 6. 1919, in den Kolonialwarengeschäften statt, in deren Kundenliste die Verbraucher eingetragen sind. Die Schlachter müssen darauf achten, daß sie nur auf die Abschnitte 1—6, die Kolonialwarenhändler nur auf die Abschnitte 7—10 ihre Ware verkaufen.

Der Verkauf von Fleisch bleibt wie bisher am Freitag von 2 Uhr nachmittags ab und Sonnabend bestehen. Der Magistrat.

Hochmehl-Verteilung im Stadtkreis Bielefeld.

Die Versorgungsberechtigten können von Sonnabend, den 31. Mai bis Dienstag, den 3. Juni, beziehen:

a) auf Abschnitt 10 der bis 8. 6. gültigen grünen Einfuhrzulassungen 1/2 Pfd. amerikanisches Weizenmehl, Preis 1,20 M;

b) auf Abschnitt 3 der bis 8. 6. gültigen besonderen Mehlbezugscheine 1/2 Pfd. inländisches 94 prozent. Weizenmehl, Preis 16 Pfg.

Das amerikanische Mehl wird durch die Kolonialwarenhandlungen lt. Kundenliste abgegeben. Das inländische Weizenmehl kann bei allen hiesigen Bäckereien und Mehlhändlern gekauft werden.

Die Abschnitte 10 der Einfuhrzulassungen sind von den Kolonialwarenhändlern auf besonderen Sammelbogen aufzukleben und bis Mittwoch, den 4. Juni, im Rathaus, Zimmer 43, abzuliefern.

Bei der nächsten Ausgabe der Lebensmittelkarten werden wieder Einfuhrzulassungen ausgegeben, deren 4 letzte Abschnitte für den weiteren Bezug des amerikanischen Weizenmehls bestimmt werden. Wer jedoch für die nächste Brotbuchperiode (9. 6. bis 6. 7.) anstelle des amerikanischen Mehls das billigere inländische Weizenmehl beziehen will, hat dies beim Empfang der Einfuhrzulassungen auf der Brotbuchausgabestelle zu erklären. Er erhält alsdann vier Sonderbezugscheine für je 1/2 Pfd. inländisches Weizenmehl gegen Einbehaltung der 4 letzten Abschnitte der Einfuhrzulassungen.

Ein späterer Umtausch von Abschnitten der Einfuhrzulassungen gegen die besonderen Mehlbezugscheine findet nicht statt.

Magistrat Bielefeld.

Fleisch- u. Wurstverkauf im Landkreise Bielefeld.

In der Woche vom 26. 5. bis 1. 6. 1919 erhalten die fleischverorgungsberechtigten Einwohner des Landkreises Bielefeld gegen Ablieferung der Marken 1—4 der elfenbeinfarbenen Reichsfleischkarte: 80 Gramm Fleisch auf Marke 5 und 6 40 Gramm Wurst, gegen Ablieferung der Marken 1—10 der grünen und roten Reichsfleischkarte: 60 Gramm Fleisch und 40 Gramm Wurst.

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Fleisch und Wurst an Inhaber der elfenbeinfarbenen Reichsfleischkarte nur auf die Marken 1—6 abgegeben wird und daß die Abschnitte 7—10 den Käufern zurückgegeben werden müssen.

Kriegswirtschaftsamt.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller sachmännlicher Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

Wilo. Aremeier, Herford, Radewigerstraße 18, n. d. Gv. Bezelshaus. Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Nähere Preise

Honditorei u. Café-Restaurant
„Jägerhof“
Goldstrasse 12.
Täglich Unterhaltungsabend. Freikonzert.

Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Die Uhr der Zukunft
ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.
Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

W. Taubert
Bielefeld, Altstädter Kirchstrasse 4.
Stahlwaren-Spezialgeschäft
Schleiferei u. Reparaturwerkstatt

Wie bewahren wir unsere Kinder?
vor der Unfruchtbarkeit?
Über dieses Thema spricht am kommenden Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, im **Gemeindehaus zu Schildesche** Prediger Heinrich Dallmeyer. Personen unter 16 Jahren haben zu diesem Vortrag keinen Zutritt. Eintritt frei.

Berrißene Strümpfe, Wolle, Baumwolle, Seiden, flach werden schnellstens repariert bei
Dr. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Druckmaschinen
für Büro gegen Kasse zu laufen gesucht. Angebote mit genauer Beschreibung und Preis. Kasse auch reparaturbedürftige Maschinen.
Herrnstr. Nr. 1933.

Heinr. Busse jr., Bielefeld
Altstädter Kirchstr. Nr. 4.

Bilder.
Große Auswahl. Billigste Preise.
Otto Fischer,
Kunsthandlung und Rahmenfabrik, Oberstrasse 47.

Vergrößerungen
nach jedem Bilde in bekannt guter Ausführung
Atelier W. Metz,
Kaiserstrasse 153.

Fr. Werpel, Herford
Verkauf. Bezugsquelle sämtl. Instrumente allen etc. etc. 100 % Garantie. Schreier, Schreier, Schreier.

Innere und äußere Krankheiten
auch veraltete, behandelt in lang-jährig erfolgreicher homöopath. Praxis
W. Hermann, Bielefeld,
Hagenbruchstrasse 10, am Klosterplatz!
Täglich von 8—11 und 2—6. Sonntags von 8—11 Uhr.

Uhren- und Goldwaren-Geschäft
Ingvar Has, Bielefeld,
Bahnhofstr. 19a, Ecke Arndtstraße.

Spezialgeschäft Solinger Stahlwaren und Waffen
Heinr. Querl, Oberstrasse 39, Bielefeld.
Hohlschleiferei und Reparaturwerkstatt.
Beste und billigste Bezugsquelle sämtlicher Rasier- Utensilien. Für jedes bei mir gekaufte Stück volle Garantie.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag Exaudi, 1. Juli 1919. Kollekte für das Diakonissenhaus in Witten.

Altstädter Kirche. Vorm. 8 Uhr P. Trautmann, 10 Uhr Missionsspekt. Pastor Diehner aus Bremen. Kollekte für die Gelbemission. 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst. — Mittwoch, 4. Juni, nachm. 4 Uhr Aufnahme der Katechumenen-Anaben; 5 Uhr Aufnahme der Katechumenen-Mädchen im Konfirmandenjahr.

Katholische Kirche. Vorm. 8 Uhr P. Kuhl. Vorm. 10 Uhr P. Koppmann. Vorm. 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst. — Sonntag nachm. 3 Uhr Versammlung der zu Ostern Konfirmierten von P. Mund und P. Conrad. Montagabend 8 1/2 Uhr Kirchenchor. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr Vorbereitung zum Kinder-gottesdienst.

Paulus-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Gadlauer, 10 Uhr P. Kähler, 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst, 12 Uhr Versammlung der von P. Kähler konfirmierten Mädchen im Gemeindehaus.

Martini-Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Ufer. Vorm. 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst. Mittwochabend 8 1/2 Uhr Gemeindebibelstunde. P. Ufer.

Johannis-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Kühle, 10 Uhr P. Hammer, 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst. Mittwochabend 8 1/2 Uhr Bibelstunde mit Betsprechung.

Petri-Kirche. Sonntag vorm. 10 Uhr Gottesdienst, P. Koppmann. Nachm. 2 1/2, 4. Taufen.

Jakobus-Gemeinde. 10 Uhr Pastor Jettelmann. (Beichte und Abendmahl.) 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdienst. 3 1/2 Uhr Taufen.

Stions-Gemeinde. Sonnabendabend 7 Uhr: Beichte, P. D. Jaeger. Sonntag vorm. 8 1/2 Uhr: P. Kühle. 9 Uhr: P. Jägle. 10 Uhr: P. Greve, anst. Feier des hl. Abendmahls. Nachm. 1 1/2 Uhr: Kinder-gottesdienst. Abends 7 Uhr: P. Schreier. — Donnerstagabend 7 Uhr: P. Wol.

Landeskirchl. Gemeinschaft. Herforderstr. 81 (Hinterhaus). Jeden Sonntagabend 8 Uhr: Evangelisation. Jeden Sonntag nachm. 2 Uhr: Sonntagsschule. Jeden Donnerstagabend 8 Uhr: Bibelstunde. B. Wolf.

Er scheint wachend oder durch Botschaften

Nr. 12

Das n ä h t zu verfolgen, i

Der Jn

Ne

Der weltpolit

Wie würde Europas und 440 000 Quadr wohnern würd 552 000 Quadr Zu Frankreich das an Gebiet offen auf die hebt die Neutr lichen Verträge alle Verträge lung geschlossen reichs, wahrsc England mitei gestellten Mite oder Deutschlan getreten. Ferno burg, das nach land, losgelöst ragende indus trium Belgien in sich nunmehr z im ganzen auf 584 500 Quadr wohnern gegen lange Befehung rechnen ist.

Im Osten e Millionen Einr sich nicht einma geben), über d schlossen sicher sollen. Dieses auch mit Letzt zusammenfinden der Artikel über wahres Gesicht, punkt in der n nächst ein Re russische Reichs lange Kampf u zwischen Ostpre Phale und gan des Krieges sich soll durch diese neuen Konzern der Randstaate gegen Deutschficht des Friede zurückeln durc gemeinschaft, so schon feststehen wirtschaftlich h Bunde mit An übrigen Rußlan gegen Deutschl In diese P Slowakei, berer anzuerkennen h zugewiesen, die Brücke zwischen Millionen und 12 Millionen O der Tschekoslov bestimmt sein, lassen, so daß d Msee bis zum Due Entente h